EX BIBLIOTHECA REGIA ACADEM. GEORGICAE AUG.

Inhaltsverzeichnis zum „Proletarier“

Jahrgang 1910.

Die Ziffern geben die Seitenzahlen an.

Sozialpolitik, Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Die Leistungen der Invalidenversicherung 1908 . . . 2
Die Novelle zur Gewerbeordnung . . . 5
Die Krankenversicherung 1908 . . . 8
Opfer der Arbeit (Unfallversicherung) . . . 13
Die Höhe der Unfallrente . . . 14
Arbeitslosenversicherung . . . 25
" . . . 31
Netzhautablösung als Betriebsunfall . . . 27
Anteil des Reiches an den Leistungen der Arbeiterversicherung . . . 58
Bericht des Reichsversicherungsamtes für 1909 . . . 62
Die neue Reichsversicherungsordnung . . . 91
Stellungnahme der Arbeiter zur Reichsversicherungsordnung . . . 91
Die preußische Fabrik-Inspektion . . . 97
" " " . . . 103
Die Reichsversicherungsordnung vor dem Arbeiter-Parlament . . . 109
Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission . . . 183
Der Bericht der Gewerbe-Inspektion für Sachsen-Altenburg . . . 184
„Leichte Arbeit“ . . . 196
Die Beschlagnahme des Arbeitslohnes . . . 202
Strittige Betriebsunfälle . . . 214
Maulkorb für die Fabrik-Inspektion . . . 224
Die Wahlen zu den Krankenkassen . . . 227
Die Arbeitslosenfürsorge in den Kulturstaaten . . . 243
Zum 25jährigen Bestehen der Unfall-Versicherung . . . 261
Die Wahl von Arbeitervertretern für die B.-G. . . . 262
Die ärztliche Begutachtung in Unfallsachen . . . 267
Die sächsische Gewerbe-Inspektion 1909 . . . 274
Die bayerische Gewerbe-Inspektion 1909 . . . 279
Die braunschweig. Gewerbe-Inspektion 1909 . . . 285
Sieben-Kinder-Aszendentenrente . . . 295
Die Reform der Arbeiterversicherung . . . 297
Sozialpolitische Rechtsprechung . . . 299
Arbeitskammergesetz in 2. Lesung . . . 303

Aus den Parlamenten.

Aus dem Reichstage . . . 19
" " " . . . 25
" " " . . . 32
" " " . . . 38
" " " . . . 50
" " " . . . 62
" " " . . . 67
" " " . . . 73
" " " . . . 97
" " " . . . 122
" " " . . . 291
" " " . . . 298
" " " . . . 310
Reichstag und Reichsetat . . . 280
Die letzte Session . . . 286

Wirtschafts- und Arbeitsmarkt.

Wirtschaftliche Umschau . . . 7
Vorwärts, aufwärts! . . . 37
Der Arbeitsmarkt im Januar . . . 58
Wirtschaftliche Umschau 73, 119, 139, 165, 202, 225, 250
Der Arbeitsmarkt im 1. Vierteljahr 1909 . . . 122
" " " 2. " 1909 . . . 196

Polizei und Gerichte.

Das Urteil in Rheinfelden . . . 4
Uebereifrige Polizei . . . 4
Der Rheinfeldener Streikkrawall . . . 9
Verweigerung von Streikarbeit kein Entlassungsgrund . . . 20
Wer einen Arbeitswilligen scheel ansieht . . . 20
In seiner Ehre gekränkt . . . 20
Ein Obermeister in den Schlingen des § 153 . . . 20
Polizei in Betriebsbesprechungen . . . 40
Arbeitgeberschutzverband kontra Maifeier . . . 46
Uebereifrige Polizei . . . 46
Vereinsgesetz und Gewerkschaften . . . 46
Gibt es eine Klassenjustiz? . . . 51
Die verbotene Sammlung . . . 51
Gratifikation statt Lohn . . . 51
Eine verpufte Staatsaktion . . . 57
Ist Lohnkürzung ohne Ankündigung zulässig? . . . 58
Ist ein Lichtbildervortrag eine politische Versammlung? . . . 58
Streikfünder . . . 100
Ungetreuer Kassierer . . . 100
Zur Warnung . . . 111
Freigesprochene Streikposten . . . 111
Inkorrekte Lohnzahlung . . . 111
Bestrafter Unternehmerübermut . . . 112
Der Zechennachweis vor Gericht . . . 124
Ist der Fabrikarbeiterverband ein politischer Verein? . . . 179, 258
7000 Mk. Schadenersatz und Kosten . . . 192
Aufdeckung einer Unternehmerlüge . . . 200
Beleidigte Arbeitswillige . . . 234
Verweigerung von Streikarbeit ein moralisches Recht . . . 264
Recht des Streikpostenstehens . . . 288
Wie Streikprozesse entstehen . . . 288
Wann ist „Streikbrecher“ eine Beleidigung? . . . 288
Arbeitswilligenehre . . . 299
Beleidigter nationaler Arbeitersekretär . . . 299
Wann ist die Aenderung der Arbeitsordnung rechtsgültig? . . . 312

Unternehmerorganisationen.

Gegen den Arbeitsnachweis . . . 22
Scharfmacher an der Arbeit . . . 44
Terror der Unternehmer . . . 54
Praktiken vom Mannheimer Industriellennachweis . . . 58
Die Arbeitgeberzeitung in Not . . . 198
Durch Unternehmerterror in den Tod getrieben . . . 209
Die Scharfmacher an der Arbeit . . . 262
Unternehmer für die Arbeiterorganisation . . . 282
Eine Kriegserklärung . . . 304
Eine Ohrfeige für die Bueckianer . . . 318

Gegnerische Gewerkschaften.

A. Christliche.

Zentrumspfaffen als Gewerkschaftsgründer . . . 27
Christliche Waffen . . . 40
Taktik der christlichen Gewerkschaften . . . 44
Ein Hereinfall . . . 44
Sozialdemokratische Vorbilder für katholische Fachabteiler . . . 44
Sie lügen wie die — Engel . . . 51
Christliche Schwindeleien . . . 57
Christliche Denunzianten . . . 75
Christliche Verleumder . . . 75
Und Brutus ist ein ehrenwerter Mann . . . 81
Christliche Agitation . . . 122
Eine christliche Organisation unter dem Schutz der Unternehmer . . . 122
Eine empfindliche Familie . . . 123
Firma Engel u. Ko. . . . 130
Die christlichen Gewerkschaften 1909 . . . 172
Die empfindliche Familie . . . 179
Pimperl Wichtig . . . 181
Terorrismusschwindel . . . 198
Das Fleisch ist willig . . . 209
Zwei Briefe . . . 215
Hereingefallene Christen . . . 215
Aus dem christlichen Wörterbuch . . . 215
Aus dem schwarzen Sumpf . . . 227
Christliche Tarifignoranten . . . 244
Lügen haben kurze Beine . . . 244
Ein mysteriöser Brief . . . 244
Rund um den heißen Brei . . . 250
Tremmel als Kläger . . . 258
Christliche Bemäntelungskunst . . . 236
Eine Schamade . . . 269
Christliche Jongleure . . . 272
Die Christlichen betteln um Unternehmerhilfe . . . 287
Christlicher Gimpelfang . . . 296
Christliche Wahrheitsliebe . . . 305
„Sozialdemokratische Agitationsmoral“ . . . 305
Je frömmer, desto schlimmer . . . 306
Leute, die die Wahrheit nicht vertragen können . . . 310
Eine verfehlte Denunziation . . . 311

B. Hirsch-Dunckersche.

Kampfesweise der Hirsche . . . 42
Eine Offerte . . . 75
Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine 1909 . . . 130

C. Gelbe.

Eine gelbe Musterorganisation . . . 16
Die Gelben auf dem Bettel . . . 27
Vom Knechtsinn der Gelben . . . 27
Das Ende der gelben Herrlichkeit . . . 57
Ein gelbes Fiasko . . . 75
Ein Streik der Gelben . . . 75
Es geht abwärts . . . 123
Eine gelbe Ehrenrettung . . . 123
Gelbe Zentral-Unterstützungskasse . . . 215
Der gelbe Moabiter . . . 287
Pfui Teufel! . . . 312

Konferenzen und Kongresse.

Konferenz der Vorstände . . . 19
" " " . . . 256
Generalversammlung des Verbandes der chem. Industrie Oesterreichs . . . 140
Der Internationale Kongreß in Kopenhagen . . . 207
" " " " . . . 225
Internationale Konferenz über Arbeitslosigkeit . . . 218
" " " " . . . 244
Zweite Internationale Konferenz der Fabrikarbeiter . . . 226
Der Parteitag in Magdeburg . . . 243

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Die Tarifverträge im Jahre 1908 . . . 7
Mitgliederzahlen der Gewerkschaften 1909 . . . 16
Gewerkschaftliche Verschmelzungen . . . 16
Die deutsche Bäcker- u. Konditorenbewegung . . . 41
Gewerkschaftsnachrichten . . . 51
Der Schmiede-Verband . . . 51
Eine sozialpolitische Abteilung der Generalkommission . . . 54
Statistik über Streiks und Aussperrungen . . . 58
Drohende Kämpfe im Baugewerbe . . . 75
Tarifbewegung in der Holzindustrie . . . 75
400000 (Auflage der Metallarbeiter-Zeitung) . . . 75
Verschmelzung der Mühlen- und Brauereiarbeiter . . . 75
Tätigkeit der Generalkommission 1909 . . . 92
Der Lohnkampf im Baugewerbe 94, 98, 105, 110, 128, 135, 140, 147, 154, 160
Die Tätigkeit des Zentral-Arbeiter-Sekretariats . . . 110
25jähriges Jubiläum d. Buchbinderverbandes . . . 118
Ueber 100000 Mitglieder Zunahme (1909) . . . 130
Urabstimmung über Beitragserhöhung . . . 130
Verbandstag der Mühlenarbeiter . . . 130
Ein Zusammenschluß . . . 130
Die internat. Gewerkschaftsbewegung 1908 . . . 139
Zusammenschlüsse . . . 148
Der Friseurgehilfen-Verband . . . 154
Die Gewerkschaftskartelle 1909 . . . 157
Konfisziertes Gewerkschaftsblatt . . . 160
Der Landarbeiterverband 1909 . . . 160
Verband der Bäcker . . . 174
Der Holzarbeiterverband . . . 180
Der Verbandstag der Töpfer . . . 180
Der Hutarbeiterverband . . . 180
Die Arbeitersekretariate 1909 . . . 208
Die Gewerkschaften Deutschlands 1909 . . . 213, 217
Vom Kampf auf den Werften 180, 204, 216, 222
Lohnbewegungen und Streiks 1909 . . . 232, 237
Die Tarifverträge 1909 . . . 237
Ein gigantischer Kampf . . . 245
Friede in der Metallindustrie . . . 250
Verzeichnis der gewerkschaftlichen Literatur . . . 254
An die Gewerkschaftsmitglieder . . . 255
Die sozialpolitische Abteilung der Generalkommission . . . 256
Drei Monate Gefängnis . . . 256
Lohndifferenzen im Veltener Töpfergewerbe . . . 264
Nachspiel zur Werftarbeiterbewegung . . . 292
Die Tarifverträge in Deutschland . . . 315

Arbeiterbewegung des Auslandes.

Arbeitsverhältnisse der Fabrikarbeiter in Australien . . . 1
Ein französisches Gesetz über Lohnzahlung . . . 3
Die Wäschereiarbeiter Neuyorks . . . 3
Kinderarbeit in Oesterreich . . . 6
Gesetzgebung zur Beilegung wirtschaftlicher Konflikte in Transvaal . . . 6
Ernährung englischer Arbeiter . . . 20
Krise und Gewerkschaften in Frankreich . . . 20
Eine amerikanische Arbeiterpartei . . . 20
Die argentinischen Gewerkschaften . . . 20
Fabrikgesetze in Japan . . . 20
Zentralisation der Gewerkschaften in Australien . . . 20
Papierarbeiterorganisation in Schweden . . . 26
Amerikanische Eintrittsgelder . . . 40
Englische Arbeitsbörsen . . . 40
Einwanderungsverbot in Kanada . . . 40
Die englischen Gewerkschaften 1908 . . . 51
Gewerkschaftliche Organisation der Lehrer in Amerika . . . 51
Unfälle in Großbritannien . . . 62
Subvention der französischen Arbeitsbörsen . . . 64
Die französischen Gewerkschaften 1908 . . . 64
Verband der chemischen Arbeiter Oesterreichs . . . 81
Der holländische Fabrikarbeiterverband . . . 81
Kämpfe im Auslande . . . 94
Die Arbeiterverbände Englands . . . 151
Gewerkschaften in Spanien . . . 168
Arbeiterschutz in den Vereinigten Staaten . . . 203
Die englischen Gewerkschaften 1909 . . . 224
Streik in schwedischen Zellstoffabriken . . . 238
17. Französischer Gewerkschaftskongreß . . . 258
Generalstreik der Eisenbahner . . . 258
6. Oesterreichischer Gewerkschaftskongreß . . . 268
Kongreß der österreichischen Separatisten . . . 282
Auskunftsstelle in Paris . . . 316
Klassenjustiz in Frankreich . . . 317
Die französischen Gewerkschaften 1909 . . . 318

Aus dem Verbandsleben.

Bericht des Gaues 10 . . . 38
Lohnkämpfe des Verbandes 1909 . . . 49
Zuckersüße Brüderchen . . . 50
Wer schimpft? . . . 68
Zum nächsten Verbandstag . . . 68
Einladung zum 10. Verbandstag . . . 80
150000 Mitkämpfer . . . 85
Unser Freund . . . 86
Hilfe in der Not . . . 86
Zum nächsten Verbandstag 92, 98, 105, 116, 123, 128, 133, 141, 146, 151, 164, 167, 172, 177, 184
Die Lohnbewegung in den Hamburger Margarinefabriken . . . 98
Bericht des Gaues 13 . . . 100
" " " 6 . . . 118
Das Verbandsjahr 1909 . . . 115
Unsre Tarifverträge 1909 . . . 122, 127, 133
Richtigstellung . . . 130
Bericht des Gaues 9 . . . 136
Gewählte Delegierte zum 10. Verbandstag . . . 148
Anträge zum Verbandstag . . . 161
Willkomm zum Verbandstag in Halle . . . 189
20 Jahre . . . 190
Von Hannover bis Halle . . . 190
O Jugend, wie warst du so schwer . . . 190
Der Verband in Harburg . . . 191
Zwei Jahrzehnte Verbandsentwicklung in Hamburg . . . 191
Der Verbandstag in Halle . . . 201
Beitragserhöhung . . . 207
Die Beschlüsse des Verbandstages . . . 208
Konferenz des Gaues 1 . . . 245
" " " 2 . . . 239
" " " 3 . . . 245
" " " 4 . . . 239
" " " 5 . . . 233
" " " 6 . . . 263
" " " 9 . . . 221
" " " 10 . . . 257
" " " 11 . . . 233
" " " 12 . . . 257
" " " 13 . . . 263
Verbandstagsbeschlüsse . . . 234, 270
Gute Verbandsmitglieder . . . 280
Winterarbeit . . . 285, 291
Agitation im Gau 1 . . . 296
Agitation auf dem Lande . . . 293
Zur Beachtung für Tapetendrucker . . . 308

Verschiedenes.

Silvester-Inventur . . . 1
Es ist eine Lust zu leben . . . 1
Getäuschtes Vertrauen . . . 6
Pflichten der Städte . . . 8
Arbeiterinnen, wahrt eure Rechte . . . 9
Die Regierung für Tarifverträge . . . 10
Kommune und Arbeitslosigkeit . . . 10
Gewerkschaften, badische Regierung und Arbeitsnachweis . . . 10
Kritikaster und Querulanten . . . 13
Vom Terorrismus der freien Gewerkschaften . . . 16
Gewerkschaften als Kulturfaktoren . . . 19
Aerzte und Krankenkassen . . . 22
Ein gefährliches Spiel . . . 30
Unbezahlte Arbeit, bezahltes Nichtstun . . . 31
Eine Volksverhöhnung . . . 38
Ein sozialpolitischer Tag im sächsischen Parlament . . . 38
Gegen die Streikbrechervermittlung . . . 40
Was der Roggen sagt . . . 40
Zum Wahlrechtskampf in Preußen . . . 43
Aus dem Leben eines Kämpfers . . . 43
Sozialistentöter in Westentaschenformat . . . 46
Kriegervereine und Gewerkschaften . . . 46
Arm, entrechtet und verachtet . . . 49
Scharfmacherphilosophie . . . 54
Hansabund und Sozialpolitik . . . 54
Den Schwindel eingestanden . . . 54
Recht auf Arbeit . . . 55
„Arbeiter“ . . . 61
Arbeiter, die ihre Feinde wählen . . . 61
Reichsverbandsichliche . . . 63
Gegen den Wohlfahrtsschwindel . . . 64
Im Dienste der Nation . . . 67
Warum haben die Arbeiterinnen kein Wahlrecht zum Gewerbegericht? . . . 68
Der preußische Wahlrechtsentwurf . . . 74
Ein empfindlicher Gewerberat . . . 74
Gewerkschaftsunterstützungen steuerpflichtig . . . 74
Betrogene Betrüger . . . 81
Wodurch wird eine Arbeitsordnung gültig? . . . 81
Die Macht des Staubes . . . 81
Der Schnapsbonkon . . . 82
Die Gewerkschaften im Lichte der Kritik . . . 87
Panem et circenses . . . 89
An die Arbeitswilligen . . . 89
Zum Maientag . . . 103
Verkürzung d. Arbeitszeit eine Kulturforderung . . . 103
Der preußische Wahlrechtsentwurf . . . 104
Großhandelspreise in den letzten 20 Jahren . . . 112
Herrenhausjunker und Wahlrechtsvorlage . . . 116
Grundsätze . . . 121
Die rechtliche Seite d. Bauarbeiteraussperrung . . . 121
Der unvorsichtige Arbeiter . . . 133
Ein freudiges Ereignis . . . 139
Requiescat . . . 145
Arbeit und Kapital . . . 145, 151, 157, 165, 171
Preußisches . . . 145
Arbeiter-Dreieinigkeit . . . 151
Neue Hetzkampagne . . . 154
„Volksversicherungen“ der Unternehmer . . . 154
Brüssel und die Welt Ausstellung 158, 166, 175, 178, 187, 193
Der 7. Genossenschaftstag . . . 158
Schützt den Sieg . . . 171
Menschen oder Sachen . . . 177
Streikkugeln . . . 180
Statistische Schönfärberei . . . 180
Die Streikkugel . . . 195
Das neue Geschlecht . . . 198
Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben . . . 198
Der Staat als Arbeitgeber . . . 198
Steuerdrückeberger . . . 198
Die Auswanderung 1909 . . . 198
Anerkennung gewerkschaftlicher Arbeit . . . 202
Internationale Hygiene-Ausstellung . . . 206
Warum müssen die Arbeiterinnen dem Verbande beitreten? . . . 213

Nr. 1—53

Der Reichsverband gegen die Gewerkschaften 214
Beachtenswertes für Rekruten 214
Das Heer der Landstraße 216
Ausreden 217
Arbeitergroschen 231
Die Fleischteuerung 232
Die militärpflichtigen Kollegen 232
Das Nächste und Nötigste 238
Im Braunkohlenwald 241
Streikunruhen in Berlin 246
Polizeischutz den Streikbrechern 250
Arbeiterehre 255
Die Gewerkschaften 255
Zu hohe Beiträge 261
Arbeiterinnenrechte 262
Dienstbotennot 264
Unduldsamkeit 266
Wir Pfarrer 266
Die Tuberkulose 266
Die Arbeiterlöhne 1909 266
Streiks und Volkswirtschaft 267
" " " 273
Dividenden-Konjunktur 268
Arbeitergroschen 268
Provokation? 274
3/4 Millionen Hektoliter weniger Schnaps 278
Wohlfahrtskassen 278
Ein Minister als Hetzer 278
Zeugnisse christlicher Liebe 280
Rückgang des Viehauftriebs 282
Klerikale Jugenderziehung 282
Wie der Konsumverein wirkt 282
Arbeiter Küchenzettel 282
Die Eiszeit 283
Kaffee-Valorisation 286
Wie man Krankenkassen-Bezirksdirektor wird 286
Ein gefährlicher Vorschlag 292
Reich, fromm und 292
Reinfall der Polizei 294
Lebensmittelteuerung und christliche Poesie 294
Blendwerk der Unternehmer 297
Die Alkoholiker in den Krankenkassen 298
Die öffentliche Arbeitsvermittlung 300
Die schutzlosen Streikbrecher 303
Moabit 305
Weihnachtsglocken 309
Christfest 309
Im Asyl 310
Das alte Mitgliedsbuch 312
Der apostolische Segen 312
Ein deutscher Heimarbeitertag 312
Eine Bilanz 315
Zur Situation des Heimarbeiterschutzes 316

Aus den einzelnen Industrien.

1. Chemische Industrie.

Dankenswerte Unternehmeroffenheit 5
Schule der deutschen Fabrikdirektoren 6
Chemische Ueberprofite 6
Sprengstoffexplosion 6
Staatlicher Profitschutz für die Kalimillionäre 11
Der chemische Außenhandel Deutschlands im November 1909 11
Die deutsche Zündhölzchenausfuhr 11
Alter und Familienstand der chemischen Industriebevölkerung Deutschlands 11
Ein Deutscher als chemischer Millionär in England 11
Steigende Gewinne in der Glyzerin- und Dynamitfabrikation 11
Jammervoller Arbeiterschutz für die Sprengstoffindustrie 17
Die Verteilung der chemischen Großbetriebe über Deutschland 18
Deutsches Zündholzarbeiterelend 18
[illegible] und Koalitionsrecht 18
Die armen Thomasschlackenmühlenbesitzer 18
Unglücksfälle in der Anilin 18
Die Entwicklung der Industrie ätherischer Oele 23
Unfälle in der Ludwigshafener Anilin 23
[illegible] Erhöhung des chemischen Profits 23
[illegible] Zündholzarbeiter Deutschlands 23
[illegible] 29
Das deutsche chemische Geschäft 1909 29
[illegible] gegen das französische [illegible] 29
[illegible] Schwefelproduktion 29
[illegible] in den französischen [illegible] 35
[illegible] in chemischen [illegible] 35
[illegible] 35
[illegible] 35
[illegible] 35
[illegible] 35
[illegible] 35
[illegible] 41
[illegible] 41
[illegible] 42
[illegible] 42
[illegible] 42
[illegible] 47
[illegible] 47
[illegible] 47
[illegible] 47
[illegible] 47
[illegible] 55
[illegible] 55
[illegible] 55
[illegible] 55
[illegible] 55
[illegible] 55
[illegible] 55
[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]
[illegible]
Unfalliste (Chlorschwefel) 75
Glanzprofite aus Glanzstoffen 75
Eine Hilfe im Kampfe gegen die Wohlfahrtsplage 83
Die Fürsorgeanstalt als Gifthöhle 83
Die erste Lohnaufbesserung in einem deutschen chemischen Großbetriebe 83
Arbeiterschutz bei der Schwefelkohlenstoffherstellung 84
Chemische Ueberprofite 84
Heißt ein Geschäft (Leopoldshall) 84
Die Zündholzindustrie im Auslande 84
Die kommende Macht der chemischen Arbeiter 90
Die Zentrumschriften gegen den Arbeiterschutz in der chemischen Industrie 90
Chemische Arbeiterverhältnisse in Hessen 95
Folgen des mangelhaften Arbeiterschutzes 95
Das „Muster" einer chemischen Betriebskrankenkasse 96
Ein neuer Schlag ins Gesicht der chemischen Arbeiter 101
Beherrscher des Benzinmarktes 101
Der Goldregen des chemischen Profits 101
Chemischer Außenhandel Deutschlands in 1910 101
Sodaätzungen sind unfallentschädigungspflichtig 101
Das Kaligesetz in der Kommission 104
Chemische Arbeiterverhältnisse und Gewerbeinspektion in Bayern 107
Immer neue Betriebskonzentrationen 107
Chemische Profite für 1909 107
Ein neues Verfahren zur Ammoniakgewinnung 107
Giftigkeit der Zyankalidämpfe (Unfall) 107
Beschlüsse in der Kalikommission 110
Zur chemischen Unfallverhütung in der neuen Reichsversicherungsordnung 113
Die Sorge für die Kapitalisten und Kaliarbeiter 113
Ein Rundgang in der chemischen Fabrik Elektron-Griesheim a. M. (Chlorfabrikation und Schwindsuchtsgefahr) 113
Chemischer Dividendensegen aus 1909 113
Die Fürsorgeanstalt als Gifthöhle 114
Die Erziehungsanstalt als Gifthöhle 117
Arbeiter mit Rückgrat wollen die Gifthüttenherren nicht haben 119
Ein Mustervertrag aus der chemischen Industrie 119
Wem chemische Aktiengründungen nützen 119
Dividendensegen der chemischen Fabrik Griesheim-Elektron in Frankfurt 119
Die Ausfuhr der chemischen Industrie 119
Chemische Neugründungen in Deutschland 119
Kapitalistische Verbrechen (Zündhölzer) 119
Chlorvergiftung 119
Eine reichsamtliche Bestätigung chemischen Arbeiterelends 125
Dividendensegen aus 1909 125
Wieder ein Elberfelder Extraprofit! 125
Das internationale Geschäft der Ludwigshafener Anilin 125
Chemische Kapitalistennot (Soziale Belastung) 125
Geborstene Ordnungsstützen im Königreich Anilin 125
Ein „Vertrauensarzt" nach dem Herzen der chemischen Kapitalisten 125
Menschenopfer (Explosion Höchst) 125
Das Elend der Zündholzarbeiter vor dem Reichstag 131
Eine amtliche Lohnstatistik 131
Dynamit-A.-G. vorm. A. Nobel u. Ko. 131
Elberfelder Wohltäter 131
Unfalliste (Quetschung, Herabfallen von Gegenständen) 131
Hölzerner Schnaps 132
Unser grundsätzlicher Erfolg im neuen Kaligesetz 137
Ein Rundgang in der chemischen Fabrik Elektron-Griesheim a. M. (Schwefelnatrium) 137
Unfalliste (Schwefelwasserstoff, Kohlensäure, Chlorbarium, beim Anstreichen mit „Atol") 138
Das chemische Proletariat und die preußische Gewerbeinspektion 143
Vom Zündholzarbeiterelend 143
Krisenprofite im Mannheimer Industriegebiet 143
Chemisches Unfallrisiko (Karbid, Schwefelkohlenstoff, nitrose Gase) 144
Französischer Zündholzarbeiterschutz 144
Stillstand der chemischen Industrie Badens 149
Die Macht der chemischen Unternehmerorganisationen in Deutschland 149
Zwei Sprengstoff-Fabriken in die Luft geflogen 149
Der chemische Arbeiter und das preußische Einkommensteuergesetz 155
Die Ver[illegible] des Sodaprofits 155
Einfluß der Zündholzerkapitalisten im italienischen Herrenhause 155
Die stillen Reserven des chemischen Kapitals 155
Sprengstoff[illegible] und Unternehmerleichtsinn 155
Opfer der Arbeit (Phosphor, siedendes Oel, nitrose Gase) 155
Noch eine Pulverfabrik in die Luft geflogen 155
Wohlfahrtseinrichtungen von Th. Goldschmidt in Essen 159
[illegible] 159
Die giftige Wirkung des Phosgens 159
Der zweite Internationale Kongreß für Gewerbekrankheiten 159
Ein Rundgang durch die Betriebe der Akt.-Ges. für Anilinfabrikation zu Berlin 169
Eigentümlichkeiten einer neuen Industrie (Radium) 169
Lebhafter Beschäftigung d. chemischen Industrie 169
Die kranken chemischen Arbeiter 175
[illegible] der Wohlfahrtsarbeitern 175
Unnoble Handlungsweise (Karbonitfabrik Schlebusch) 182
Abhängigkeit chemischer Arbeiter 182
Gewerbliche Vergiftungen in England im Jahre 1909 182
Verbot des weißen Phosphors in Italien 186
Zur [illegible] Entwicklung der chemischen Industrie Deutschlands 187
Wieder ein [illegible] in die Karbonitfabrik Schlebusch 187
[illegible] 188
Unfalliste ([illegible]) 188
[illegible] 193
[illegible] der chemischen Industrie 193
[illegible] in Höchst 193
Vergiftungen durch nitrose Gase 193
Abschaffung der 24stündigen Wechselschicht 194
[illegible] 199
Ein Rundgang durch die Betriebe der Aktien-Gesellschaft für Anilinfabrikation in Berlin, Fabrik Treptow 199
[illegible] in Bitterfeld 199
Gefährliche Mißstände auf den Höchster Farbwerken 199
Anschluß Ungarns an die Berner Konvention 200
Die Bilanz des Jahres 1909 205
Arbeitgebern zur Nachahmung empfohlen (Urlaub) 211
Unternehmerterrorismus der Firma Goldschmidt in Essen 211
Gesundheitsschädlichkeit übermäßig warmer Betriebe 211
Ueber Neuerungen in der Anlage von Sprengstoff-Fabriken 211
Zwangsweise Einstellung einer Pulverfabrik 211
Gewinne der Kunstseide-Industrie 211
Vergiftung durch Benzolgase und -dämpfe 211
Eine Scharfmacher-Rede I 217
Arbeiterausschußwahl im Werk Elektron in Griesheim 217
Feige Maßreglungstaktik (Höchster Farbwerke) 217
Der Dank des Kapitals (Silesia) 217
Stiftung (B. A. S. F.) 218
Erholungsstätten für chemische Arbeiter 218
Ehrlichs „Hata 606" 218
Eine Scharfmacher-Rede II 220
Aus der Anilinfabrikation 221
Ein neues Verfahren zur Gewinnung von Wasserstoff 221
Wieder eine Pulvermühle explodiert 221
Unfall-Liste (Ueberfahren, siedendes Oel) 221
Wohlfahrtsplage 229
Judaslohn 229
Ein Judas 229
Mit Oleum verbrannt 229
Unglücksfall bei Goldschmidt in Essen (Natronlauge) 229
Feuer in der Anilinfabrik in Treptow 235
Die chemische Industrie in Großbritannien 241
Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht immer dasselbe 241
Aus der Düngerfabrik Griesheim 241
B. A. S. F. I 247
Opfer der Zündholzsteuer 247
Unfall in der Anilin (Lauge) 247
Unglücksfall in den Höchster Farbwerken (Absturz) 247
Wieder ein Unfall durch einen Nitrofilter 248
B. A. S. F. II 251
Schädliche Abgase von Schwefelsäure- und Düngerfabriken 252
Unfalliste (Säure) 252
Der in Prozenten meßbare Kultursegen 256
Arbeiterfeindliche Politiker 256
Jubiläumsunfug in der Anilin 256
Kantinen-Mißwirtschaft in der Fabrik Gebr. Giulini 257
Unfalliste (Erstickt) 257
Die Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie im Jahre 1909 I 265
Aus der Anilin 265
Aus Jammerkusen 265
Die Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie im Jahre 1909 II 271
Zusammenschluß der Karbidfabrikanten 271
Ein „schlagfertiger" Meister 271
Die Schätze der Kohle 271
Rundgang durch die B. A. S. F. 275
Ein Sozialsekretär für Jammerkusen 276
Feinde des Koalitionsrechts 276
Ein schönes Weihnachtsgeschenk 276
Betriebsüberwachung in der chemischen Industrie durch die Berufsgenossenschaft I 283
Fette Dividende und magere Lohnzulage 283
Unfalliste (Oleum, Arm, Explosion von Nitroglyzerin) 283
Betriebsüberwachung in der chemischen Industrie durch die Berufsgenossenschaft II 289
Profite 1909/10 289
Ungarns Anschluß an die Berner Konvention 289
Noch etwas aus der B. A. S. F. 289
Platin- oder Quarzgefäße 289
Das Riesenwort 289
Arbeiterbad oder Hundebad? 290
Unfalliste (Schlag an Arm und Kopf) 290
Die Zündholzsteuer und ihre Folgen 293
Unnoble Handlungsweise (Dynamitfabrik Schlebusch) 293
Unfalliste (Doppelter Schädelbruch) 293
Benzolvergiftungen I 301
Ein Mißstand der Höchster Farbwerkskrankenkasse 301
Und immer wieder die B. A. S. F. 301
Unerbauliches aus dem Giulinischen Betrieb in Ludwigshafen 301
Zündholzarbeiterelend ohne Ende 301
Hm, hm . . .! (Nikotinvergiftung?) 301
Unfalliste (Verbrühung, Salpetersäure) 301
Benzolvergiftungen II 307
Menschenopfer der Profitsucht (Siedendes Oel) 307
Auflösung des Zündholzsyndikats 307
Aus den Höchster Farbwerken 307
Unfalliste (Leistenbruch, Quetschung, Salpetersäure) 307
Auf dem Wege zum Achtstundentag 311
Vergiftungen in Preußen 314
Potemkinsche Dörfer 314
Dunkles aus der chemischen Fabrik Gebr. Giulini, Ludwigshafen 314
Der Weizen der Höchster Farbwerke blüht 314
Geschäftsabschlüsse in der chemischen Industrie 314
Verkürzung der Arbeitszeit — eine Kulturforderung I 319
Der Neunstundentag in der Anilin zieht weitere Kreise 319
Aus Jammerkusen 319
Unfalliste (Chloroform) 319

Gummi-, Zelluloid- und Linoleum-Industrie.

Kapitalistische Ethik 2
Kapital und Arbeit in der Linoleum und Linkrusta-Industrie 10
Die volkswirtschaftliche Bedeutung der technischen Entwicklung der Zelluloid-Industrie 14
Kartellbestrebungen der Linoleumfabriken 21
Ein Rechenkünstler 21
Der Kapitalismus als Verwüster der Kautschukpflanzungen 21
Für die Aktionäre 40 Prozent Dividende, die Arbeiter Hungerlöhne und für die Beamten Heiratsverbote 21
Bettelpfennige statt Zelluloidarbeiterschutz 30
Die Gummi-Industrie — das Goldland der Unternehmer 92
Eine Petition um Arbeiterschutz in Zelluloidwarenfabriken 96
Die Spekulation in Gummi 111
Die Gefährlichkeit des Schwefelkohlenstoffs 111
Ein neues Herstellungsverfahren für Zelluloid 169
Bestrafung profitwütiger Unternehmer 200
Abortrevisoren 200
Unzulänglicher Zelluloidarbeiterschutz 205
Aus der Gummi-Industrie I 229
Aus der Gummi-Industrie [illegible]
Jahresbericht der Betriebskrankenkasse der Rheinischen Gummi- und Zelluloidfabrik Mannheim 238
Drei Finger abgequetscht 247
Nationalökonomie der Gummizeitung 295
Keine Ermäßigung der Verkaufspreise für Gummiwaren 295
Schwarze Listen 295
Einweihungsfeier in Korbach 295
Schwefelkohlenstoffvergiftung b. Vulkanisieren 296

Ziegelindustrie.

Der Zieglerpastor Zeiß 6
Verkürzung der Arbeitszeit in Ziegeleien 6
Von der Unterelbe . . . 6, 142, 159, 236, 320
Masuren als Ziegeleiarbeiter 12
Unterkunftsräume für Wanderarbeiter 14
Vom Zieglergewerbegericht 15
Die gelbe Gefahr in der Zement- und Ziegelindustrie 24
Behandlung der Ziegeleiarbeiter im Winter 24
Uebervorteilungen und Lohnprellereien an der Unterelbe 26
Keine Lohnerhöhung 26
Zusammenschluß der Ziegeleibesitzer [illegible]
Dividendenverteilung 26
Christbaumfeier im Ziegelwerk 36
Die Braunschweiger Ziegeleibesitzer 36
Ziegeleibrand 36, 42
Konzentration des Ziegeleikapitals 42
Der Strom ausländischer Arbeiter 42
Die Willkür der Ziegeleibesitzer 42
Tödlicher Unfall 42
Ausstellung königlicher Tonwaren 42
Die Union der Ziegelarbeiter Oesterreichs im Jahre 1909 42
Gründung eines Berliner Ziegelsyndikats 48
Krisendividende 48
Erhöhung der Ziegelpreise 48
Volle Jahresproduktion 48
Organisationsbestrebungen der Ziegeleibesitzer 48
Kinderschutz in Ziegeleien 48
Unfall 48
Achtung, Zieglerkollegen! . . . 53, 78, 150
Zwangsarbeitsnachweis in der Ziegelindustrie 54
Der Gewerkverein der Ziegler in Lippe I 53
" " " " " " II 60
" " " " " " III 66
" " " " " " IV 78
Zusammenschluß der Nürnberger Kalksandsteinfabriken 60
Preiserhöhung der Kalksandsteine 60
Alkoholfreie Getränke 64
Ziegeleisklaven und gefühllose Unternehmer 69
Zur Bewegung an der Unterelbe 69
Die Beschäftigung ausländ. Ziegeleiarbeiter 78
Ein gelber Ziegeleiarbeiter-Verein 78
Aus den Marktberichten der Ziegelindustrie 84
Sächsische Gemütlichkeit 84
Arbeiter-Risiko 84
Steigerung der Ziegelpreise — Kürzung der Arbeitslöhne 91
Der Kampf um verdienten Arbeitslohn 96
Ein freigebiger Ziegeleibesitzer 96
Von der Winteragitation in Lippe 101
Arbeiterwohlfahrt 102
Rheinisch-Westfälisches Ziegelsyndikat 102
Krisengewinne in der Ziegelindustrie 102
Ein Gesetzesverächter 102
Unternehmersolidarität 102
Wer nicht pariert, der fliegt! 108
Ein neugieriger Unternehmer 108
Weitere Krisengewinne 108
Aus den Kalksandsteinfabriken 114
Zustände der Stettiner Schamottefabriken 114
Die Ziegeleibesitzer und der Kampf im Baugewerbe 116
Aus den Berichten der preußischen Gewerbe-Inspektion 1909 I 114
Aus den Berichten der preußischen Gewerbe-Inspektion 1909 II 120
Aus den Berichten der preußischen Gewerbe-Inspektion 1909 III 126
Schlimme Erfahrungen 120
Von der Agitation unter den Ziegeleiarbeitern Oldenburgs 126
Unfälle 126
Vom Ziegelmarkt im April 1910 132
Zieglerelend in Schlesien 138
Aus dem Ruhrgebiet 138
Vorsichtige Solidarität 141
Die „guten" Ziegelmeister 141
Revolverkugeln statt Lohn 142
Die Unterbringung der Wanderarbeiter im Regierungsbezirk Hannover 150
Aus Mecklenburg 150
Aus den Zwickauer Ziegeleien . . . 150, 156
Das Wohlwollen der Ziegeleibesitzer 156
Von der Rechtspflege im Zieglergewerbe 159
Aus dem Bericht der Gewerbe-Inspektion Mecklenburg-Schwerin 170
Neuer Zusammenschluß der rheinisch-westfälischen Ziegeleibesitzer 170
Eine sonderbare Entscheidung über Schlafstellen der Ziegeleiarbeiter 170
Von der Sicherheit der Löhne 170
Ausstellungs-Poesie und -Prosa 176
Gegen den Arbeiterschutz 182
Vom Schlachtfeld der Arbeit 182
Die deutsche Ziegelindustrie im Jahre 1909 I 188
" " " " " 1909 II 194
" " " " " 1909 III 197
Die Hygiene in der Porzellan- und Steingut Industrie 188
Revolverkugeln und Gefängnis statt Arbeitslohn 188
Gegen die Organisation 194
Die Ziegelproletarier in der Ostmark 197
Der Kalksandstein, der Baustein der Zukunft? 206
Haftbarkeit des Arbeitgebers für Uebertretung von Arbeiterschutzbestimmungen 206
Gewinne der Tonindustrie im Jahre 1909 206
Organisationsbestrebungen der märkischen Ziegeleibesitzer 211
Die zollfreien Ziegel 212
Berliner Ziegelpreise 212
Im Menschenkot erstickt 212
Ziegeleibesitzer und Arbeiterinnenschutz 218
Zusammenschluß der hessischen Ziegeleibesitzer 224
Von der Unrentabilität der Ziegeleien 224
Die Ziegeleiarbeiter notorische Säufer und Raufbolde? 224
Unfall 224
Die Gewerbekrankheiten der Ziegeleiarbeiter 230
Belohnung für 50jährige Arbeit 230
Ein Ziegeleibesitzer als Schulpatron 230
Zur Arbeitsvermittlung in Ziegeleien 236
Christliche Ziegeleiarbeiter-Versammlung 236

und die Hirsch-Dunckerschen Verräter . . 236
Gründung des märkischen Ziegelsyndikats . 242
Aus der Ziegelei Lausebein 242
Konzentration in der Ziegelindustrie . : . 247
Ein gemütlicher Ziegeleibesitzer 248
Eine Entscheidung des Reichs-Versicherungsamtes 254
Wie ausländische Ziegeleiarbeiter behandelt werden 254
Erklärung 254
Die sächsische Ziegelindustrie im Jahre 1909 259
Die Lohnbewegung des lippischen Gewerkvereins 266
Aus dem Ziegeleigebiet von Ekensund . . 266
Zieglerelend 272
Vom Schlachtfeld der Arbeit 272
Aus der königlichen Ziegelei und Majolika-Fabrik 278
Der Konzentrationsprozeß in der Ton- und Steinzeugindustrie 278
Ein neues Trockenpreßverfahren 278
Ein Organisations-Zwangsmittel 281
Jubiläumsgeschenke in seidenen Beutelchen . 281
Unternehmer-Rache 281
Die Ziegelindustrie Bayerns 1909 I . . 290
„ „ „ „ II . . 301
„Die Ziegelindustrie schreit nach Arbeitern" 296
Die Annaburger Steingutfabrik 296
Ziegler-Innungen 302
Ziegelei- und Fabrikwohnungen 308
Ein lippischer Ziegelmeister 308
Die Ziegeleien im Ruhrgebiet 313
Ziegelei-Konzentration 313
Die betrogenen lippischen Ziegler . . . 320
Weihnachtsbescherung in den Jenselder Hartsteinwerken 320

Zementindustrie.

Gewinne in der oberschlesischen Zementindustrie 26
Aufsichtsratstantiemen in der Zementindustrie 26
Rückgang der Zementpreise 27
Der Zementmarkt in Oesterreich 27
Sklavenarbeit in Zementfabriken 91
Die Folgen des Lägerdorfer Streiks . . 96
Dividenden der Zementfabriken 108
Freigebige Unternehmer 120
Schutzzoll für Zement 141
Gewinne der Zementindustrie im Jahre 1909/10 176
Aus der Portlandzement-Industrie Amerikas 224
Die Entwicklung der deutschen Zementindustrie I 241
Die Entwicklung der deutschen Zementindustrie II 266
Wohlfahrtsplage 254
Kulturbilder aus einer christlichen Gegend . 277
Preisdrückerei in der Zementindustrie . . 281
Einigung in der Zementindustrie 302
Neue Zementfabriken 302
Wirtschaftliche Umschau in der Zementindustrie 313
Die Weihnachtsbescherung in der Zementfabrik „Germania" in Misburg 313
Erfolgreiche Arbeitseinstellung in der Zementfabrik „Germania" in Misburg . . . 320

Papierindustrie.

Das Jubiläum der größten deutschen Zellstoffabrik 3
Agitation für den Arbeitgeberverband . . 11
Die Organisationsarbeit in der Papierindustrie 23
Aus einer Betriebskrankenkasse 26
Papierarbeiterorganisation in Schweden . . 26
Aus einem sächsischen Musterbetriebe . . 32
Humanität in der Königsberger Zellstoff ! 33
Zellstoffnamen 33
Auf zur Organisationsarbeit! 53
Rentabilität der Papierfabriken 56
Papierarbeiter, wir erinnern! 90
Das patriarchalische Verhältnis 93
Die Wanderlust der Papiermacher . . 102, 123
Die Papierindustrie in Großbritannien . . 102
Waldhof 107
Kolleginnen in der Papierindustrie . . . 123
Die Papierindustrie und die preußische Fabrikinspektion 131
Ein liebestoller Unternehmer 132
Hölzerner Schnaps 132
Proletarierlos in den Bautzener Papierfabriken 135
Betriebseinstellung 135
Brände 135
Unfälle 135
Sind Papiermacher Berufsarbeiter? . . . 144
Arbeitersieg über den amerikanischen Papiertrust 146
Unternehmer und Arbeiterschutz 147
Unfalliste 147
Geschäftslage in Papierfabriken . . 155, 280
Aus dem Königreich Sachsen 169
Guter Absatz — schlechte Preise 170
Wohlfahrt aus andrer Leute Taschen . . 170
Um zwei Pfennige 170
Unfälle 170
Ein Prediger in der Wüste 200
Unfalliste 200
Kübler u. Niethammer 203
Kurzsichtige Papierer 210
Papierarbeiter als Unternehmeruntertanen . 210
Papierarbeiterstreik in Frankreich 210
Unfalliste 210
Papiermachertage in Goslar 214
Warnung für Papierarbeiter 215
Unfalliste 215
Verwaltungsbericht der Papiermacher-Berufs-Genossenschaft 223
Preiskämpfe der Tapetenindustrie 238
Aus dem Reiche der Talgrafen 238
Arbeiterrisiko 238
Aus einem schwarzen Winkel 253
Der „Tiag" in Nöten 254
Im Zeichen des Papieres 254
Handlanger-Wissenschaft 259
Aus den Geschäftsberichten 259
Unfalliste 259
Aus der sächsischen Papierindustrie . . . 262
Arbeitszeit und Ferien in Tapetenfabriken . 277
Produktionssteigerung in der Papierindustrie 286
Unfalliste 302
Musterhafte Lüftung einer Papierfabrik . . 305
Lohnabzüge und Weihnachtsgeschenke . . . 305
Ein Schlaumeier 305
Unfalliste 305

Zuckerindustrie.

Der schweren Arbeit süßer Lohn 33
Preis- und Gewinnsteigerung 33
Steigende Gewinne 212
Zuckerfabrikprojekt in England 212
Kampf der amerikanischen Zuckerarbeiter . 212
Praktiken der Zucker-Berufsgenossenschaft . 254
Der Wille der Fabrikleitung 254
Hohe Preise — niedrige Löhne 260
Einen Taler für 10 Minuten 269
Die Zuckerindustrie im Gau 10 287
Fortschritt und Armut 299
Unersättliche Kapitalisten 299
Süße Gewinne 299
Zuckerbrot 299
Der Segen der Fabrikwohnungen 299

Verschiedene Industrien.

Verwaltungsbericht der Berufsgenossenschaft der Molkerei- usw. Industrie 9
Aus der Kieler Fischindustrie 32
Der „Seifenfabrikant" und die Statistik . 32
Achtung, Seifenarbeiter 32
Die Fischkonserven-Industrie 56
Lohnbewegung in den Hamburger Margarinefabriken 98
Bundesratsverordnung für Meiereien usw. . 154
Die Seifenfabrik der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Gröba-Riesa 166
Aus dem Karborundumwerk Reisholz . . 167
Heimarbeit in der Krabben-Konserven-Industrie 179
Unfreiwillige Agitatoren 196
Margarinevergiftungen 300
Die ausgleichende Gerechtigkeit 304
Die böse Margarine 317

Berichte aus den Zahlstellen.

Aachen 271.
Alfeld 88, 210.
Aschaffenburg 203.
Augsburg 3, 52, 124, 282, 299.

Badenhausen 192.
Barmen 277.
Barth an der Ostsee 111, 147.
Bergedorf 57, 117, 120, 124, 314.
Bergisch-Neukirchen 182.
Berlin 57, 63.
Bernsdorf 129.
Bischberg 21.
Bitterfeld 59, 155, 235, 246, 308.
Bochum 6.
Bodenwerder 106.
Braunschweig 87, 93, 129.
Bremen 69, 233.
Breslau 77, 84, 150, 176, 216.

Calbe 135.
Celle 99.
Chemnitz 296.
Corbach 88, 317.
Coswig 6, 115.

Delmenhorst 28, 52, 117, 153.
Dessau 317.
Deuben 57, 69.
Dippoldiswalde 82.
Doberan 221.
Döbeln 263.
Dresden 22, 147, 204, 306.

Eberswalde 156.
Egeln 144.
Eilenburg 33, 135, 221.
Elberfeld 93.
Eisenberg (Sachsen-Altenburg) 192, 228.
Emmerich 27.
Erfurt 222.
Essen 29.

Fechenheim 47, 175, 205, 228.
Flensburg 48, 69, 75, 179, 198, 221, 314.
Forchheim 179.
Fürth in Bayern 174, 198.
Frankenthal 70, 192.
Frankfurt am Main 15, 36, 72, 87, 99, 106, 119, 135, 147, 153, 168, 192.
Freiburg im Breisgau 102.
Freiwaldau 176, 254.

Geesthacht 21, 22.
Glatz 6.
Glückstadt 117, 129, 135, 147, 179.
Goch 33, 276.
Göppingen 52, 174, 242, 277.
Gosen-Erkner 114.
Götz bei Brandenburg 114.
Gößnitz 27.
Greiffenberg in Schlesien 59.
Griesheim bei Frankfurt 23, 59, 135, 153, 247.
Grimma 28.
Gröba-Riesa 117.
Großenhain 48, 118.
Groß-Rhüden 257.
Guben 39.

Hainewalde 53.
Hainstadt am Main 154.
Halberstadt 70.
Halle an der Saale 46, 106, 153, 210, 228, 233, 264, 281.
Hamburg 4, 21, 45, 63, 64, 70, 87, 93, 124, 142, 160, 179, 269, 276, 287, 312.
Hanau am Main 111, 115, 312.
Hannover 69, 87, 94, 117, 185, 257, 306.
Harburg 15, 45, 75, 99, 173, 229, 234, 240, 317.
Hausham 34.
Haynau in Schlesien 132, 176.
Heilbronn 34, 99, 124, 160, 168, 227, 246, 293, 317.
Hildesheim 215, 254, 287.
Hirschberg in Schlesien 132, 234.
Höchst am Main 30, 36, 45, 47, 87, 100, 111, 114, 247, 264, 269.
Holzminden 210.

Karlsruhe 46, 99, 185.
Kassel 36, 155, 302.
Kempten 53.
Klötze 168.
Kolmar in Posen 174.
Köln 76.
Königsberg in Preußen 39, 88, 277.
Königssee 198.
Königswalde 200.
Köslin 87, 257.
Krefeld 21, 28, 192, 240.
Lägerdorf 52.
Lampertheim 82.
Landsberg an der Warthe 87, 126, 182.
Langburkersdorf 27.
Langelsheim 30.
Langenhagen 197.
Lauf 76.
Leipzig 39, 72, 77, 87, 222, 240.
Leisnig 300.
Lemgo 12.
Liegnitz 66, 96, 185, 204, 206.
Lübeck 82, 87, 167.
Ludwigshafen a. Rh. 6, 60, 72, 126, 150, 155, 175, 204, 216, 222, 229, 233, 240, 276, 278.
Ludwigstadt 33.
Lüneburg 64, 87, 194, 281.

Magdeburg 88, 142, 144, 186.
Mannheim 15, 46, 204, 270, 293, 312.
Mauer 129.
Meißen 28, 44, 52, 64, 124.
Melle 135.
Memel 276, 306.
Menden i. W. 160.
Miesbach 46.
Mittweida 21, 138.
Mosbach 252.
München 88, 94, 99.

Neckarau 287, 317.
Neudamm 99, 111.
Neuhaldensleben 28.
Neumünster 57.
Neu-Ulm 57.
Neuwerk b. M.-Gladbach 138.
Niederau 119, 147.
Nordenham 257.
Nürnberg 34, 88, 174, 186, 246

Oberröslau 174.
Offenbach a. M. 39, 76, 94, 129, 136, 153, 155, 235.
Osterfeld 76, 248.
Ottweiler 218.

Penzberg 156, 218.
Plauenscher Grund 233.
Plüderhausen 167.
Pölchow 54, 108.
Pommerensdorf 59, 168.
Posen 252.
Radebeul 155.
Redenfelden 170, 238.
Regensburg 70, 76, 186, 252.
Rendsburg 154.
Rheinfelden 77, 96.
Rostock 288.

Salzwedel 45.
Schkeuditz 76.
Schönebeck a. d. Elbe 34, 88, 106, 182, 216, 233
Schopfheim 142, 147.
Schorndorf 52.
Schötmar 76.
Schwaan 12.
Schweidnitz 160.
Schweinfurt 99, 136.
Selb 70, 76.
Sinzig 106.
Sömmerda 60.
Stadtoldendorf 88.
Staßfurt 136, 204.
Stettin 4, 88, 129, 136, 147, 228, 264.
Stralsund 10, 147.
Straßburg i. E. 15, 124, 129.
Stuttgart-Kannstatt 294, 312.

Tangermünde 294.
Taucha 65.
Tilsit 16, 135, 174.
Tirschenreuth 4.

Ulm 248

Velten 88.
Verschau 12, 36, 69, 197.
Vlotho 70.

Waldheim 107
Walsum 52.
Waltershausen 257.
Wernigerode 40.
Wiesdorf 36, 60, 257
Wiesloch 45, 82.
Wilhelmstal 156
Wolgast 88, 136, 142.
Wolmirstedt 106.
Worms 227.

Zeitz 69, 76, 168 197 198.
Zerbst 4, 136.
Zwickau 82.

1910. 8388.

Nummer 1. Hannover, 1. Januar 1910. 19. Jahrg.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 ℳ Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die 3gespaltene Kolonel-Zeile 50 ₰ Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. H. Meister & Ko., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluß: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Münzstraße 5, 3. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

Silvester-Inventur.

Schlägt den zwölften Glockenschlag
Dieses Jahres letzter Tag,
Arbeitsmann, mach Inventur!
Sieh, wie deine Sache steht!
Und gib acht, ob richtig geht
Deines Lebensschicksals Uhr!

Freilich: „Soll“ und „Haben“ kann
Buchen nicht der Arbeitsmann,
Weil mit beidem nie er quitt!
Und so sehr er sich auch müht,
Immer bleibt's das alte Lied:
Die Bilanz mit Defizit!

Solch ein Defizit wächst flink!
War es anfangs auch gering,
Rasch vergrößert's sich enorm!
Dafür sorgt in diesem Jahr
Schon der Steuern neue Schar
Für die Reichsfinanzreform.

Zündholz, Kerze, Seife, Bier
Und Zigarr'n besteuern wir,
Woll'n wir uns des Lebens freu'n.
Solches bracht' dem Proletar
Segensreich das gute Jahr
Tausendneunhundertundneun!

„Zwölf“ schlägt dieses Jahres Uhr . .
Arbeitsvolk, mach Inventur!
Jeder Dienst heischt seinen Lohn:
Drum vergeßt die Steuern nicht, —
Schließt die Reihen stark und dicht!
Hoch die Organisation! —

L. L.

Es ist eine Lust zu leben!

Der Winter mit seinen Mühsalen, seiner meist erschrecklichen Arbeitslosigkeit, die im Gefolge Krankheit und Not hat, ist nun über uns gekommen. Die Gewerkschaftsbewegung sucht nach Kräften der unverschuldeten Not innerhalb der Arbeiterschaft zu steuern. Die Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften müssen im Winter besonders die Probe aufs Exempel machen und ihre Nützlichkeit erweisen. Ihre hohe Bedeutung wird in immer weiteren Kreisen der Arbeiterschaft anerkannt. Nicht eine Verkümmerung der geistigen Spannkraft, sondern eine sehr wesentliche Stählung des Willens in der Richtung einer kampfesfrohen Begeisterung wird durch die Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften geschaffen.

Auch in unserm Verbande pulsiert ein kräftiges Leben. Die Abrechnung unsrer Zentrale vom 1. Quartal 1909 zeigt, daß die Erwerbslosen allein fast eine halbe Million Mark aufbrauchten. Dieses wirtschaftliche Unter-die-Arme-Greifen durch unsern Verband hat zur notwendigen Folge, daß auch das geistige Leben bei uns nicht zu kurz kommt, daß überall eine rege Aufwärtsbewegung festzustellen ist. Die von unserm Zentralvorstand herausgegebenen statistischen Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Mitglieder unsres Verbandes erhärten die Tatsache, daß die Mitglieder den Wert der Statistik erkannt haben. Mag man auch immer den Wunsch hegen und muß auch unsre Arbeit das unablässige Ziel vor Augen haben, sämtliche Mitglieder unsres Verbandes für die Statistik zu gewinnen, so ist es doch schon ein erfreulicher Fortschritt, wenn 58,64 Prozent die statistischen Bogen brauchbar ausgefüllt haben.

Heute dürfen wir weiter konstatieren, daß es nicht nur eine Elite von Arbeitern ist, die an den Errungenschaften der Kultur teilnehmen will, sondern die große Masse der organisierten Arbeiterschaft. Aus der Tiefe kommt die Kraft und ergießt sich über das ganze Leben im Staat wie in der Gemeinde. Die Zeit ist endgültig vorbei, wo man die Volkskraft in einen Armenwinkel bannen konnte. Ohne die aktive Beteiligung der Volksmassen am Staatsleben ist ein Auf- und Weiterblühen des Staats nicht mehr möglich. Das beginnt auch allmählich einigen nicht ganz verbohrten Hirnen der Bürger- und Junkerkaste einzuleuchten. Der chinesische Wall des Dreiklassenwahlrechts in Preußen wird mehr und mehr von allen Seiten berannt. Die sich jetzt noch sicher innerhalb der Festungsmauern verschanzt haben, werden doch zur Uebergabe der Festung gezwungen sein. Ein neues und freies Wahlrecht wird den preußischen Staat auf eine gesunde Grundlage stellen. Im föderativen Staatenbund Deutschland hat Preußen von jeher die bedeutendste Rolle gespielt. Es kann nicht ausbleiben, daß ein auf eine neue Basis gestelltes Preußen verjüngend auf das Deutsche Reich und die andern noch rückständigen Föderativstaaten zurückwirken muß.

Der unermüdliche Kampf der modernen Arbeiterklasse hat es in wenigen Jahrzehnten zuwege gebracht, daß ganz Deutschland vom Sozialismus durchsetzt worden ist. Auch das Bürgertum und selbst die Junkerklasse muß vom Brote des Sozialismus essen, ob sie will oder nicht. Es gibt wohl in Deutschland keinen Winkel mehr, wo unsre Propaganda nicht hingekommen ist oder wo wir nicht gar eine lustige, weithinleuchtende Fackel angebrannt haben.

Angesichts der Entwicklung dieser Dinge möchte man ausrufen: Es ist eine Lust zu leben! Die Sorge ums tägliche Brot ist paralysiert worden durch den hellen Jubelschrei der Arbeiterklasse: Kampf auf allen Gebieten. „Nur der verdient die Freiheit und das Leben, der täglich sie erobern muß.“ Auch in vielen deutschen Gemeinden beginnt sich das Antlitz der bisherigen Verwaltungsführung von Grund aus umzugestalten. Die Arbeiterklasse ist wirtschaftlich und geistig gewachsen. Sie hat erkannt, daß die Gemeinde ein wichtiges Tätigkeitsgebiet bildet, auf dem bisher das Bürgertum schrankenlos gewütet hat. Es ist eine merkwürdige Tatsache, die nur durch die Geschichte der Arbeiterbewegung ihre hinreichende Rechtfertigung findet, daß das erste Tätigkeitsfeld das Reich bezw. der Reichstag wurde, daß man dann erst allmählich dazu überging, in den einzelnen Staaten die Landtage zu erobern. Die Wahlrechte in den einzelnen Bundesstaaten boten ja der Schuriegeleien so viele, daß es ein wenig verheißungsvolles Beginnen war, den Kampf um die Eroberung der Landtage aufzunehmen. Wir haben es schließlich dennoch getan, und die Früchte sind nicht ausgeblieben.

Die politische Tätigkeit in der Gemeinde haben wir zuletzt in Angriff genommen. Das ist für den Nichtkenner der Verhältnisse um so unbegreiflicher, als gerade hier doch der einzelne von uns am meisten den unmittelbaren Zusammenhang mit dem großen Ganzen sowohl in wirtschaftlicher und politischer als auch in steuerlicher Beziehung am eigenen Leibe spüren konnte. Allerdings hat die indirekte Steuerbelastung durch das Reich eine weit größere Bedeutung als die direkte und teilweise auch indirekte Steuerbelastung durch die Gemeinde, aber unterschätzen dürfen wir die letztere keineswegs. Unsre Pflicht ist es, auch hier den Stier bei den Hörnern zu packen und den besitzenden Klassen in der Gemeinde durch energisches Vordrängen unser Dasein und unsre Lebensfähigkeit bemerkbar zu machen. In einigen tausend Gemeinden Deutschlands haben wir jetzt unsre Vertreter in den Stadt- und Gemeindevertretungen sitzen. Hier üben unsre Klassenangehörigen das treue Wächteramt aus und sehen „Besitz- und Bildung“ — wie sich die herrschenden Klassen gern nennen — auf die filzigen und habgierigen Finger, daß ihren Raubzügen auf die Taschen des Volks in etwas Einhalt getan wird. Bei den letztjährigen Kommunalwahlen sind wieder eine stattliche Anzahl unsrer Leute hinzugewählt worden (470 Vertreter allein in den Städten und gegen 1800 in den Gemeinden). Es hat sich gezeigt, daß unsre Klassenangehörigen in den großen und kleinen Gemeinden die höchsten Mauern überklettern, mögen diese Mauern nun Dreiklassenwahlrecht oder Zensuswahlrecht heißen.

Daß unsre Verbandsmitglieder überall an diesen wachsenden Erfolgen beteiligt sind, daran darf nicht gezweifelt werden, daß unsre Mitglieder nicht die letzten Nachzügler im Emanzipationskampf der Arbeiterklasse sind, dafür bürgt die fleißige Tätigkeit unsrer Funktionäre, die es an rastloser Propaganda und Aufklärung nicht fehlen lassen.

Selbst an trüben Wintertagen, wenn dichte Nebel über das Land ziehen, darf uns nicht der Glaube an uns selbst verloren gehen. Kein Köhlerglaube darf uns beherrschen, sondern der Glaube an den endgültigen Sieg unsrer Sache über die Rücken und Tücken der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. In diesem Sinne wollen wir auch im neuen Jahre unsre Kämpfe nimmermüde führen in der sicheren Hoffnung, daß wir weiter und weiter vorwärts kommen auf wirtschaftlichem, politischem und geistigem Gebiete. Im Gewoge der Menschheit ist der einzelne nichts, die Masse vereinigt alles. Darum müssen wir auch in unserm Verbande den Kreis enger schließen — zu neuen Kämpfen und Siegen!

L. R.

Wenn je die Zivilisation über sich erröten und das Bedürfnis nach einem andern Zustande empfinden muß, so heute, wo all ihre Illusionen zerstört sind; wo ihre Freiheit als der Weg zur Anarchie erkannt ist, ihre Zerwürfnisse zum Despotismus führen und ihre Handelsmaximen den Wucher, den Betrug, den Bankrott begünstigen, die Nationen schließlich unter das Joch des Monopols zwingen und zur Dürftigkeit und Verarmung der Massen führen. So blen sich alle Chimären von der Vollkommenheit dieser Gesellschaft auf, wodurch man uns in ihren Schafstall führte. Fourier.

Arbeitsverhältnisse der Fabrikarbeiter in Australien.

Die Gewerkschaftsbewegung hat in Australien frühzeitig Fuß gefaßt, besonders deshalb, weil der größte Teil der australischen Arbeiterschaft aus Großb[illegible]ien kam und schon mit den Grundsätzen des Trade Unionismus vertraut war. Die erste Gewerkschaft in Australien, von der wir Kenntnis haben, ist die „Operative Masons' Society“ (Maurervereinigung), die 1850 zu Melbourne gegründet wurde; 1851 entstand in Sydney ein Zweigverein der Amalgamated Society of Engineers, des englischen Maschinenbauerverbandes, und in den folgenden Jahren wurden namentlich zahlreiche Vereine von Bauarbeitern gegründet, während die Organisationen der gewerblichen Arbeiter spärlich vertreten waren und auch jetzt noch schwächer sind als die der Bauarbeiter, Bergarbeiter, Transportarbeiter und der in der Viehzucht beschäftigten Arbeiter. Die älteren Gewerkschaften unterstanden dem englischen Gesetz betreffend das Verbot von Vereinigungen zur Behinderung der Gewerbe — gewöhnlich Verschwörungsgesetz genannt — doch scheint es in Australien ihnen gegenüber niemals zur Anwendung gebracht worden zu sein. Jetzt ist sowohl der aus den Staaten Neu-Südwales, Tasmanien, Queensland, Victoria, Südaustralien und Westaustralien bestehende Commonwealth of Australia (Australischer Staatenbund), wie auch das Dominium von Neu-Seeland, was innere Angelegenheiten anbelangt vom Mutterlande tatsächlich unabhängig und eine auf demokratischer Grundlage ruhende Gesetzgebung verhütet, daß der Ausbreitung der Gewerkschaften Schwierigkeiten gemacht werden können. Das Unterstützungswesen nach britischem Vorbild hatte in den australischen Gewerkschaften von Anfang an in beschränktem Maße Eingang gefunden und es wird weiterhin als Nebenzweck beibehalten. Die Hauptaufgabe war von jeher die Einflußnahme auf wirtschaftlichem Gebiet und vor allem die Erlangung des Achtstundentags, der gegenwärtig bereits in der großen Mehrheit der Gewerbe in allen Staaten eingeführt ist.

Einen empfindlichen Rückschlag erlitten die Gewerkschaften durch die für die Arbeiter ungünstig verlaufenen großen Ausstände in den Jahren 1890—1891. Nach dieser Niederlage zog die Arbeiterschaft ihre Kraft auf dem politischen Gebiet zusammen und erzielte dabei auch nennenswerte Erfolge, die hier aber nicht erörtert werden sollen. Erst seit dem Anfange des 20. Jahrhunders wird dem Ausbau der Gewerkschaften aufs neue wieder mehr Aufmerksamkeit zugewendet.

Die Stärke der gewerkschaftlichen Bewegung Australiens kann nicht genau angegeben werden. Eine zusammenfassende Statistik gibt es nicht, sondern es sind lediglich die Berichte der einzelstaatlichen Gewerkschaftsregistrare vorhanden (von den Regierungen eingesetzte Beamte), aus denen geschöpft werden kann, die jedoch nicht vollständig sind, da kein Registrationszwang besteht.

Im Staat Victoria sind nur wenige Gewerkschaften in das amtliche Verzeichnis eingetragen, und die gewerkschaftliche Zentrale zu Melbourne hat weder dem Verfasser dieses Aufsatzes noch dem Gewerkschaftsregistrator über die Stärke der bestehenden Organisationen Auskunft gegeben. Den Gewerkschaftskartellen in den drei Städten Melbourne, Ballarat und Bendigo gehören über 100 Ortsvereine an, außerdem sind Organisationen vorhanden, die keinem Kartell angeschlossen sind. Die annähernde Stärke ist nach einer privaten Schätzung in der Tabelle verzeichnet. In dem kleinen Ackerbauerstaat Tasmanien ist bis nun erst eine einzige Gewerkschaft in das amtliche Register eingetragen worden; alle dortigen Organisationen haben nur wenige hundert Mitglieder. Die Angaben für die andern Staaten sind ziemlich vollständig; freilich betreffen sie nur die eingetragenen Gewerkschaften, die jedoch die überwiegende Mehrheit sind. Nach diesen Bemerkungen kann die Mitgliederzahl der australischen Gewerkschaften wie folgt angegeben werden:

Staaten	Mitgliederzahl 1906	Mitgliederzahl 1907	Zu- (+) oder Abnahme (—) im Jahre 1907
Neu-Südwales . .	85 199	96 581	+ 13,4 Prozent
Victoria	35 100	40 000	+ 14,0 „
Queensland . . .	8 332	11 236	+ 34,9 „
Westaustralien . .	16 019	14 596	— 8,9 „
Südaustralien . . .	5 109	5 674	+ 11,1 „
Tasmanien . . .	?	?	—
Staatenbund . . .	149 759	168 087	+ 12,2 Prozent
Neu-Seeland . . .	34 978	45 614	+ 30,4 „
Zusammen . .	184 737	213 701	+ 15,7 Prozent

Die meisten australischen Gewerkschaften sind Lokalvereine, die zu Gewerkschaftskartellen verbunden sind, die Gewerkschaftskartelle bilden Staatsverbände. Der unregelmäßig stattfindende Gewerkschaftskongreß ist ein sehr loses Band für die Gesamtheit der Organisationen. Föderativ-Verbände sind die Australian Typographical Union

(Buchdrucker), die Amalgamated Miners' Association (Bergarbeiter), die Federated Iron Moulders' Union (Gießer), die Amalgamated Glass Workers' Union (Glasarbeiter), die Mercantile Marine Officers' Association of Australia (Offiziere der Handelsmarine), die Australian Institution of Marine Engineers (Marinemaschinisten), die Australian Federated Seamen (Seeleute), die Merchant Service Guild (Handlungsgehilfen), die Australian Workers' Union (Allgemeiner Arbeiterverband; die Mitglieder sind größtenteils in der Schafzucht beschäftigte Arbeiter), die Federated Waterside Workers' Union (Hafenarbeiter), die australischen Distriktsverbände der britischen Maschinenbauer, Kesselschmiede und Zimmerer, sowie einige andre. In allen Staaten sind selbständige Staats- oder Lokalvereine der Fabrikarbeiter vorhanden, wie z. B. die Factory Employees' Association of New South Wales (Fabrikarbeiter), die Bone Mills and Fat Extractors' Employees' Union of New South Wales (Arbeiter in Knochenmühlen und Fettfabriken), die Wellington Match Factory Employees' Union (Zündholzfabrikarbeiter), die Birkenhead Sugar Workers (Zuckerfabrikarbeiter), ferner Organisationen der Kälteindustriearbeiter, der Mineralwässererzeuger, Molkereiarbeiter, Ziegeleiarbeiter usw

* * *

Die Arbeitsverhältnisse werden in Australien vorwiegend durch staatliche Schiedsgerichte und Lohnämter geregelt. Der wichtigste Unterschied zwischen den beiden Einrichtungen ist, daß Lohnämter ihre Wirksamkeit nur auf ein Gewerbe oder mehrere verwandte Gewerbe erstrecken, Schiedsgerichte aber auf alle Gewerbe, die den betreffenden Gesetzen unterstellt sind.

Zum erstenmal wurde ein staatliches Schiedsgericht für Arbeitsstreitigkeiten im Jahre 1894 in Neu-Seeland errichtet, gleichzeitig mit mehreren ständigen Einigungsämtern. West-Australien folgte 1900, Neu-Südwales 1901. Das gewerbliche Schiedsgericht in Neu-Südwales wurde 1908 durch Lohnämter ersetzt, wie sie außerdem seit 1896 in Victoria, seit 1900 in Südaustralien und seit 1908 in Queensland bestehen. In Victoria kamen die Lohnämter, nach dem amtlichen Bericht für 1907, für 80 Prozent der in Fabriken beschäftigten Arbeiter in Betracht; seither wurde der Geltungsbereich der betreffenden gesetzlichen Vorschriften auch auf nichtfabrikmäßige Gewerbe ausgedehnt, besonders die Baugewerbe. In Südaustralien wurden 1907 die Arbeitsbedingungen von 26 Prozent der Fabrikarbeiter durch Lohnämter geregelt. Von Neu-Südwales und Queensland liegen noch keine derartigen Angaben vor.

In Neu-Seeland werden nach den jetzt geltenden Bestimmungen die gewerblichen Streitigkeiten zuerst den Einigungskommissären vorgetragen; diese berufen von Fall zu Fall aus Arbeiter- und Unternehmervertretern gebildete örtliche Einigungsausschüsse, damit sie die Streitigkeiten beizulegen versuchen; gelingt das, so haben die vereinbarten Tarifverträge, wenn sie gehörig eingetragen werden, dieselbe Rechtskraft wie Entscheidungen des Schiedsgerichts. Streitfälle, die von den Einigungsausschüssen nicht beigelegt werden können, gehen von selbst („automatisch") an das Schiedsgericht über, das aus einem Berufsrichter und je einem Arbeiter- und Unternehmervertreter besteht; es entscheidet endgültig. Die Durchführung der Entscheidungen sowie der Tarifverträge obliegt den staatlichen Fabrikinspektoren. Arbeiter und Unternehmer, die durch Entscheidungen des gewerblichen Schiedsgerichts oder Tarifverträge gebunden sind, machen sich einer strafbaren Handlung schuldig, wenn sie streiken oder aussperren. — Aehnlich sind die Vorschriften in West-Australien.

Die Lohnämter bestehen gleichfalls aus Arbeiter- und Unternehmervertretern mit unabhängigen Vorsitzenden; gegen ihre Entscheidungen sind Berufungen an Schiedsrichter oder Schiedsgerichte zulässig.

Für die Dauer der Arbeitszeit und die Lohnhöhe sollen hier aus amtlichen Berichten einige Beispiele angeführt werden. — Im Staat Viktoria dauert die Arbeitswoche aller weiblichen Personen und der Knaben unter 16 Jahren dem Fabrikgesetz gemäß 48 Stunden; Ueberzeitarbeit ist ihnen mit 50 Prozent Aufschlag zu entlohnen. Auch die über 16 Jahre alten männlichen Personen haben vorwiegend die 48-Stundenwoche, doch kommen längere Arbeitszeiten vor. Die Entscheidungen der Lohnämter sehen in der Regel eine abgestufte Lohnskala für die Jugendlichen unter 21 Jahren und einen Mindestlohnsatz für jede Kategorie der erwachsenen Arbeiter vor. Die Durchschnittslöhne der Arbeiter in allen Gewerben, in denen Lohnämter bestehen, sind im Bericht des Oberfabrikinspektors (der letzterschienene bezieht sich auf 1907) zusammengestellt. Ueber 21 Jahre alte männliche Arbeiter hatten folgenden wöchentlichen Durchschnittslohn: in der Mineralwässererzeugung 38 s 5 d (1 s = 1 Mk., 1 d = 8½ Pf.), Kunstdüngerfabrikation 40 s 2 d, Ziegelfabrikation 46 s 2 d, Kerzenfabrikation 41 s 8 d, Seifenfabrikation 42 s 11 d, Stärkefabrikation 40 s 8 d, Sauces-, Jams- und Pickles-fabrikation 38 s 4 d usw. Im Tarif für die Ziegelarbeiter sind beispielsweise 21 Lohnsätze für erwachsene Arbeiter (8½ d bis 1 s 4½ d in der Stunde) angegeben und vier Lohnsätze für Jugendliche, deren Stundenlohn von 4½ d im Alter von weniger als 18 Jahren auf 9 d zwischen dem 20. und 21. Lebensjahre steigt. Die Arbeitszeit der Ziegler schwankt nach der Arbeiterkategorie 48—84 Stunden; die 44stündige Arbeitswoche haben die Brenner bei einem Stundenlohn von 1 s 9¼ d. Ueberzeit wird allen männlichen 16 Jahre und darüber alten Ziegelarbeitern mit 25 Prozent Zuschlag entlohnt. In manchen Gewerben steigt die Ueberzeitentschädigung mit der Dauer der Ueberzeitarbeit, z. B. für die ersten zwei Stunden 25 Prozent, für weitere zwei Stunden 50 Prozent.

In Neu-Seeland schwankt der Stundenlohn der erwachsenen Ziegelarbeiter im nördlichen Industriedistrikt zwischen 10½ d und 1 s 1 d, jener der Jugendlichen von 16—22 Jahren zwischen 7½ und 10½ d, während die Jugendlichen von 16—20 Jahren Wochenlöhne von 15 bis 24 Schilling erhalten. Die Arbeitswoche ist 48stündig. In Südwestlich Wellington (Neu-Seeland) beträgt der Stundenlohn für die erwachsenen Ziegelarbeiter 1 s und 1 s ½ d bei 46stündiger Arbeitswoche, Jugendliche im 22. Lebensjahre bekommen 10½ d und Jugendliche zwischen 15 und 21 Jahren Wochenlöhne von 10—30 s. — In den Molkereien im Canterbury-Distrikt stellt sich der Mindestlohn der erwachsenen Männer, je nach der Qualifikation, auf 42—65 s, jener der Jugendlichen auf 12—35 Schilling; die Arbeitswoche ist im Sommer 52- und im Winter 44stündig. — In Kunstdüngerfabriken Neu-Seelands ist der Mindestlohn erwachsener Männer im nördlichen Industriedistrikt 11¼ d, im Canterburydistrikt 10½ d, im Otago- und Südlanddistrikt 11¼ d in der Stunde bei 48stündiger Arbeitswoche; die Löhne der Jugendlichen sind in den Tarifen für die Kunstdüngerfabrikation nicht angeführt. Der Mindestlohn der weiblichen Personen wird in Neu-Seeland vom gewerblichen Schiedsgericht oder bei freiwilligen Vereinbarungen nur ganz ausnahmsweise festgesetzt, weil das Fabrikgesetz bestimmt, daß jede weniger als 16 Jahre alte Person einen Mindestlohn von 5 s in der Woche erhalten muß, der mit jedem Jahre um 3 s steigt, und dies als ein genügender Mindestlohn für Arbeiterinnen angesehen wird.

Das was hier gesagt wurde, reicht wohl hin, um die Lohnverhältnisse und die Dauer der Arbeitszeit zu veranschaulichen, die auch in den übrigen australischen Staaten ähnlich wie in Victoria und Neu-Seeland sind. Die Unterschiede können nicht als beträchtlich gelten, abgesehen von West-australien, wo die Löhne am höchsten sind, aber auch die Nahrungsmittelpreise, denn es ist das am jüngsten besiedelte Gebiet und die Versorgung mit Nahrungsmitteln gestaltet sich noch schwieriger als anderswo.

Der Bedarf an Arbeitskräften wird durch den einheimischen Nachwuchs gedeckt. Nur vorübergehend besteht eine größere Nachfrage nach ungelernten Arbeitern, so gut wie nie und nirgends nach gelernten Handwerkern. Die Industrie entwickelt sich in Australien ganz langsam, da auch die Bevölkerung nicht rasch zunimmt; für das Aufkommen einer Exportindustrie besteht keine Aussicht, denn die Produktion gestaltet sich viel zu teuer, um einen Wettbewerb mit den Fabrikanten in andern Ländern zu ermöglichen.

Die Leistungen der Invalidenversicherung im Jahre 1908.

Dem Reichstage ist soeben zugegangen die „Nachweisung über die Geschäfts- und Rechnungsergebnisse der zur Durchführung der Invalidenversicherung errichteten Versicherungsanstalten und der vom Bundesrate zugelassenen Kasseneinrichtungen für das Jahr 1908 nebst Vorbemerkungen."

Danach sind im Jahre 1908 139 789 Renten festgesetzt worden gegen 134 560 im Vorjahre. Das ist durch die Zunahme in der Zahl der Lohnarbeiter, also auch der Versicherten, erklärlich. Wir haben auch fernerhin auf eine Zunahme in der Zahl der festgesetzten Renten zu rechnen. Die Gesamtausgabe für Renten ist von 147,6 Millionen Mark im Vorjahre auf 152,7 Millionen Mark gestiegen. Von den festgesetzten Renten bilden den größten Teil die Invalidenrenten. Es sind nämlich 116 852 Invalidenrenten bewilligt worden, gegen 112 220 im Vorjahre. Viel geringer ist die Zahl der bewilligten Krankenrenten: 11 951 gegen 11 527 im Vorjahre. An letzter Stelle kommen die bewilligten Altersrenten: 10 986 gegen 10 818. Die Zunahme in der Zahl der festgesetzten Altersrenten ist verhältnismäßig sehr gering. Ob das nicht als ein Zeugnis dafür angesehen werden muß, daß die Arbeit der Lohnarbeiter immer aufreibender wird, und daß daher ein immer kleinerer Teil der Arbeiter bis ins siebzigste Lebensjahr hinein arbeitsfähig bleibt? Hierüber geben uns die Vorbemerkungen zu der Nachweisung keine Auskunft. Hervorzuheben ist aber noch, daß die Zunahme in der Zahl der festgesetzten Invalidenrenten verhältnismäßig ebenso groß ist wie die Zunahme in der Zahl der festgesetzten Krankenrenten. Früher war das Verhältnis nicht so gleichmäßig, sondern die Zunahme in der Zahl der festgesetzten Invalidenrenten war auffallend gering im Vergleich mit der Zunahme in der Zahl der festgesetzten Krankenrenten. Damals hörte man oft Klagen darüber, daß die Vertrauensärzte der Versicherungsanstalten sehr geneigt seien, sich für Krankenrenten statt Invalidenrenten zu erklären. Krankenrenten sollen bekanntlich bei vorübergehender Invalidität und Invalidenrenten bewilligt werden. Für die Arbeiter kommt jedoch besonders der wichtige Unterschied in Betracht, daß die Invalidenrente sofort von dem Zeitpunkt ab bezahlt wird, da die dauernde Invalidität festgestellt worden ist, während die Krankenrente erst nach Ablauf von 26 Wochen — seit Beginn der vorübergehenden Invalidität — zur Auszahlung gelangt. Die Aerzte haben aber nicht immer die Möglichkeit, mit voller Bestimmtheit zu erkennen, ob die Invalidität eines Arbeiters dauernd oder vorübergehend sein wird. Hier spricht naturgemäß die Vermutung des Arztes sehr mit. Deshalb läßt eine auffallend große Zunahme in der Zahl der bewilligten Krankenrenten darauf schließen, daß die Aerzte geneigt sind, die Invalidität der Arbeiter als eine vorübergehende aufzufassen. Es ist erfreulich, daß wenigstens ein Teil der Aerzte jetzt — wie es nach den angeführten Zahlen den Anschein hat — von dem für die invaliden Arbeiter nachteiligen Vorurteil abgekommen sind.

Die Beiträge mußten in 188 705 Fällen zurückerstattet werden, gegen 188 577 Fälle im Vorjahre. Davon kamen 151 342 auf Heiratsfälle, gegen 152 487 im Vorjahre. Also ein Rückgang. Dieser ist auf 2 Umstände zurückzuführen. In erster Linie wird erfreulicherweise die Zahl der Arbeiter und Arbeiterinnen größer, die darüber aufgeklärt sind, daß sie klüger tun, sich nach der Hochzeit die Beiträge der jungen Frau nicht zurückzahlen zu lassen, sondern die Versicherung fortzusetzen. Außerdem mag im letzten Jahre unter dem Druck der wirtschaftlichen Krise die Zahl der Heiratsfälle unter den versicherten Arbeiterinnen etwas geringer als im Vorjahre gewesen sein. — Ferner wurden die Beiträge infolge 36 776 Todesfälle zurückgezahlt, gegen 35 464 im Vorjahre, und infolge 587 Unfällen gegen 616 im Vorjahre. Die letzte Zahl ist, absolut genommen, so gering, daß auf ihre Größe zufällige Umstände von einschneidendem Einfluß sein können.

Ueber das Alter, in dem die Arbeiter invalid geworden sind, gibt die folgende Tabelle Auskunft.

Von je 1000 hinzugekommenen Rentenempfängern waren

im Alter von	Empfänger der Invaliden-Rente	Empfänger der Kranken-Rente
20 bis 24 Jahren	27	82
25 „ 29 „	45	130
30 „ 34 „	47	125
35 „ 39 „	48	121
40 „ 44 „	53	117
45 „ 49 „	70	121
50 „ 54 „	93	118
55 „ 59 „	137	108
60 „ 64 „	188	61
65 „ 69 „	183	16
70 und mehr „	109	1

Im Vergleich mit den Zahlen des Vorjahres ist der Satz der ersten Altersklasse etwas geringer geworden. Dies ist um so erfreulicher, weil auch schon im Jahre 1907 im Vergleich mit dem Jahre 1906 ein Rückgang zu verzeichnen war. Die Zahlen für die Jahre 1908 bis zurück zum Jahre 1906 sind bei den Invalidenrentnern: 29, 29, 30, bei den Altersrentnern: 82, 84, 86. Im übrigen ist die Verschiebung der Zahlen von einem Jahre zum andern nicht groß.

Zu beachten ist aber, daß doch schon eine erschrecklich große Zahl von Arbeitern in ganz jungen Jahren, sowie von Familienvätern in den besten Jahren invalide werden. Von den neu hinzugekommenen Invalidenrentnern waren nicht weniger als 34 029 unter 50 Jahren und von den neu hinzugekommenen Krankenrentnern waren 8502, also mehr als ⅓, unter 50 Jahren. Das ist eine geradezu unnatürliche Erscheinung, die nur durch die rücksichtslose Ausbeutung der jungen Arbeiter zu erklären ist. Sie sollte uns eine Mahnung sein, alles zu tun, um einen besseren Schutz der Arbeiter vor den Gefahren ihrer Arbeit für Gesundheit und Leben zu erlangen. — Bis zu den Altersklassen 55 bis 59 Jahre ist die Steigerung der Sätze für die Invalidenrentner viel geringer als von dieser Altersklasse ab. Dies beweist, daß die Arbeiter in der Regel längstens bis zum 55. Jahre noch einigermaßen leistungsfähig bleiben. Deshalb müßte eigentlich die Altersrente von diesem Jahre ab gewährt werden.

Die Höhe der Renten ist nur ganz minimal gestiegen. Es stellte sich der Durchschnittsbetrag

der Invalidenrente auf 170,31 Mk. pro Jahr = 47 Pf. pro Tag,
der Krankenrente „ 169,96 „ „ „ = 46 „ „ „
der Altersrente „ 163,15 „ „ „ = 45 „ „ „

Daß in unserm Zeitalter die invaliden Arbeiter noch mit solchen Bettelpfennigen abgefunden werden, ist eine Schmach und Schande.

Zur Durchführung des Heilverfahrens wurden fast 31 Millionen Mark ausgegeben, gegen 17,8 Millionen im Vorjahre. Diese Steigerung ist gegenüber dem tatsächlichen Bedürfnis viel zu gering. Noch immer gibt es viel zu viele Arbeiter, denen nicht oder zu spät die Möglichkeit geboten wird, sich einem Heilverfahren zu unterziehen. — Zu den Kosten des Heilverfahrens sind von andrer Seite 4,6 Millionen zugeschossen, und zwar am meisten von den Krankenkassen: 4,26 Millionen. Die Unfallversicherung leistet auch hier nur sehr wenig. Ihr Zuschuß trägt nur 17 319 Mk.

Den Angehörigen der Versicherten, die sich einem Heilverfahren unterzogen hatten, wurden 1,57 Millionen Mark als gesetzlich vorgeschriebene Mindestunterstützung ausgezahlt, gegen 1,27 Millionen im Vorjahre.

Für Invalidenhauspflege sind 820 932,86 Mk. ausgegeben worden, gegen 653 937,20 Mk. im Vorjahre.

23 Invalidenversicherungsanstalten oder Kasseneinrichtungen haben eine Invalidenhauspflege durchgeführt, gegen 20 im Vorjahr. Mithin leisten noch viele Versicherungsanstalten und Kasseneinrichtungen auf diesem Gebiete gar nichts. Ein Teil der Ausgaben sind aber namentlich durch Einbehaltung der Renten der verpflegten Personen ersetzt worden, so daß sich der reine Zuschuß der Invalidenversicherung auf 548 591,79 Mk. stellt, gegen 443 983,43 Mk. im Vorjahre. Auch hier eine viel zu geringe Steigerung.

Schließlich sind noch die außerordentlichen Leistungen zu erwähnen. Das sind die über den im Gesetz vorgeschriebenen Mindestbetrag hinausgehenden Leistungen für Angehörige solcher Versicherten, die in Heilbehandlung genommen sind. Hierfür wurden 1 105 223,94 Mark ausgegeben, gegen 812 835,93 Mk. im Vorjahr. Hier müßte noch viel mehr geleistet werden.

Im ganzen ist nur eine ganz ungenügende Vergrößerung der Leistungen eingetreten. Die Invalidenversicherung krankt eben an zwei schwerren Mängeln: die Verwaltung ist zu bureaukratisch, und es stehen ihr zu wenig Mittel zur Verfügung. Diese Mängel sollten bei der bevorstehenden Reform der Arbeiterversicherung unbedingt beseitigt werden.

Gummi- und Linoleumindustrie.

*** Kapitalistische Ethik.**

In Nr. 12 der „Gummizeitung" findet sich ein Artikel über die Gewerkschaftsbewegung. Wir haben früher des öftern Gelegenheit gehabt, zu zeigen, wie weltfremd die Redaktion dieses Unternehmerblattes allen Vorgängen des Wirtschaftslebens, die sich nicht nur um die Gummiindustrie drehen, gegenübersteht. Namentlich über Arbeiterfragen hat das Blatt wiederholt so blühenden Unsinn produziert, daß man versucht war, zu glauben, die Aufwartefrau der Redaktion habe die Abteilung „Arbeiterfragen" zur Bearbeitung übernommen. Um so erfreulicher ist es, daß wir heute eine geringe Besserung konstatieren können. Allerdings ist auch der neue Artikel über die Gewerkschaften noch weit von einer wirklich objektiven Darstellung entfernt, aber er ist doch wenigstens etwas mehr als das konfuse Geschwafel in früherer Zeit. Wir sind so frei, diese Besserung in der Gummizeitungsredaktion auf unsre Kritik zurückzuführen.

Der erwähnte Artikel der „G.-Z." bringt zunächst eine ziffernmäßige Zusammenstellung über Mitgliederzahl, Einnahmen und Ausgaben der deutschen Gewerkschaften. Hier anknüpfend heißt es:

„Bemerkenswert ist die bedeutende Zunahme der Unterstützungen um fast 7½ Millionen Mark, während für Arbeitskämpfe über 8 Millionen Mark weniger ausgegeben wurden; daher die bedeutend geringere Zahl der Streiks im vorigen Jahre. Es entfielen von den Gesamtausgaben des Jahres 1908 nur 11,5 Prozent auf Streikunterstützung, dagegen 51 Prozent auf sonstige Unterstützungen und — 37,5 Prozent auf Verwaltungs- und andre Ausgaben letzteres ein enorm hoher Anteil, der da zeigt, wie viele Leute ihr Existenz in den Gewerkschaften finden."

Das könnte nur wieder die Aufwartefrau geschrieben haben. Denn erstens kommt nicht „daher" die geringe Zahl der Streiks, weil die Unterstützungssumme zurückgegangen ist, sondern umgekehrt, die Unterstützungssumme ging zurück, weil die Streiks abnahmen, und zweitens läßt die recht oberflächliche und dumme Schlußfolgerung im letzten Satz ganz außer acht, daß unter den 37,5 Prozent der Ausgaben solche den Hauptteil bilden, bei denen wenig oder gar keine Leute „ihre Existenz in den Gewerkschaften finden". Vielleicht dürfen wir da nur an die Herausgabe von ca. 60 Gewerkschaftsblättern erinnern, die allein den Löwenanteil der Summe verschlingt. Doch wir sind ja solche Verdrehungen nachgerade gewöhnt.

Weiter zählt der Artikel dann die Kassenbestände der einzelnen Organisationsrichtungen auf und bezeichnet es in seiner Naivität als „interessant", daß die Arbeiter ihrem Kampf gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung „eine kapitalistische Grundlage" geben. Was dem Artikler der „G.-Z." dabei interessant ist, wissen wir natürlich nicht, daß es ihm jedoch lieber wäre, die Arbeiter verzichteten auf die „interessante Grundlage" und verließen sich auf die Gnade der ungesalbten Gummikönige, verrät der nachfolgende „Schluß des Artikels:

„Ob die Arbeiter wirklich immer glauben sollten, daß der Kapitalbesitz allein entscheidet, wer die Macht in Händen haben soll? Jedenfalls liegen hier die Wurzeln der ganzen Arbeiterfrage, die auf kapitalistischem Wege nie gelöst werden wird, solange der Arbeit noch ethische Momente innewohnen. Die heutigen Führer der Arbeiter bedenken das freilich nicht. Um so mehr wird es die Aufgabe der Arbeitgeber sein, diese ethischen Momente der Arbeit in den Vordergrund zu rücken und darauf hinzuwirken, daß auch die Arbeiterschaft erkennen lerne, wie es nicht Daseinszweck sein kann, die Arbeit nur um des Lohnes willen zu tun, sondern daß sie um ihrer selbst, um ihrer erziehenden, erhebenden und ausgleichenden Wirkung, mit einem Wort: um ihres moralischen Wertes willen getan werden muß. Und mit der Veredelung der Arbeit selber wird sich auch das Produkt der Arbeit veredeln, es wird bessere, feinere, gediegenere Arbeit geleistet und damit das erreicht werden, was ursprünglich der Zweck der Gewerkschaften war: die Hebung des Arbeiterberufs. Möchten schon heute die Gewerkschaften über ihre charitative Tätigkeit dieses erziehliche Moment nicht vergessen!"

Daß doch die kapitalistischen Profiteure sich immer auf den Ethiker hinausspielen müssen! Dabei ist ihnen das Gebiet so fremd, wie dem Blutegel die Religion oder dem Eisel die Mathematik. Wenn die Herren den moralischen Wert der Arbeit so hoch schätzen, warum arbeiten die Gummidividenden-Bezieher denn nicht selber? Glauben

sie der „erziehenden und erhebenden Wirkung der Arbeit" nicht zu bedürfen? Oder meinen sie umgekehrt, daß es bei ihnen nichts mehr nütze, daß an ihnen Hopfen und Malz verloren sei?

Der über Gummi-Moral und Ethik schreibende Prediger der „G.-Z." täte gut, einmal den Aktionären der Gummiindustrie ins Gewissen zu reden. Er mag ihnen sagen, daß Dividendeneinstreichen nicht des Daseins Zweck sein kann, daß die „erziehende, erhebende, ausgleichende, ethische (und materielle) Werte schaffende Arbeit" Achtung und Wertschätzung verdient und daß es unmoralisch und verwerflich ist, Dividenden von 20—40 Prozent einzusacken und die Arbeiter mit erbärmlichem Lohn und — noch erbärmlicheren Redensarten über Ethik und Moral abzuspeisen.

* **Corbach.** Als der Gummifabrikant Peter eine Zweigfabrik seines Unternehmens nach hier verlegte, huldigte ihm die Presse ob seiner Wohltätigkeit. Es wurde geschwafelt von der „Anhänglichkeit an die Heimat", die Herr Peter bewiesen habe, und was dergleichen rührselige Mätzchen mehr sind. Wir wiesen schon damals darauf hin, daß Herr Peter nichts weniger sei, als ein Menschenfreund, und daß die Zweigfabrik nicht nach Corbach verlegt worden wäre, wenn Herr Peter nicht der Hoffnung gewesen wäre, dort willige und billige Arbeitskräfte zu finden. Diese Hoffnung hat ihn auch nicht getäuscht. Um aber die dem Unternehmer so zusagenden Verhältnisse noch recht lange aufrecht zu erhalten, bemüht sich die Leitung des Unternehmens, die Organisation fernzuhalten. Als hier die erste Besprechung des Fabrikarbeiter-Verbandes stattfand, wurden sofort fünf Arbeiter, die daran teilgenommen hatten, entlassen. Ein besonders tolles Stück aber leistete sich das „heimatliebende" Unternehmen in letzter Zeit. Bei der Wahl der Vertreter zu der neugegründeten Betriebskrankenkasse wurde ein Mitglied des Bauarbeiter-Verbandes als Vertreter der Arbeiter gewählt, der im verflossenen Sommer an einem Streik der Bauarbeiter teilgenommen hatte und nachdem in die Fabrik eingetreten war. Kaum war die Wahl vollzogen, wurde der Kollege entlassen. Als Grund wurde angeführt, daß er am Streik als „Rädelsführer" teilgenommen habe und deshalb nicht beschäftigt werden könne. So verfährt das Unternehmertum mit Arbeitervertretern, die ihm nicht passen. Und das nennt man dann: Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betriebskrankenkassen. Die Arbeiter des Betriebes mögen das Vorgehen des Unternehmers damit beantworten, daß sie nunmehr geschlossen dem Fabrikarbeiter-Verbande beitreten, dann wird den Herren ihre Maßregelungswut schon vergehen. Dann können die Arbeiter auch Leute ihres Vertrauens in die Kasse wählen und die Brutalität der Unternehmer gebührend beantworten.

Aus der Papierindustrie.

Das Jubilium der größten deutschen Zellstoffabrik.

Am 10. Juli des verflossenen Jahres konnte die Zellstoffabrik Waldhof auf ihr 27jähriges Bestehen zurückblicken. Der aus diesem Anlaß herausgegebenen Jubiläumsschrift, die der Arbeiterschaft nicht zugänglich gemacht wurde, entnehmen wir folgende Angaben über die Geschichte dieses Unternehmens:

Mit der Erfindung der Buchdruckerkunst im 15. Jahrhundert stieg das Verlangen nach Papier in bedeutendem Maße, und die bis dahin geübte Herstellungsweise konnte kaum noch genügen; aber es währte bis zum Anfange des 18. Jahrhunderts, bevor das alte Stampfgeschirr durch das „holländische", bei welchem einer Art Mühle die Zerfaserung übertragen ist, den heute Holländer genannten sinnreichen Apparat, ersetzt wurde. Der Schluß des 18. Jahrhunderts brachte indes die bedeutendste Verbesserung und Vervollkommnung der Papierfabrikation durch die Erfindung der Papiermaschine von Louis Robert zu Essonne in Frankreich, deren erste daselbst 1799 in Gang gesetzt wurde, worauf der Engländer Donkin die erste 1804 in Deutschland aufstellte. Eine zweite hochwichtige Erfindung, die der Schnellpresse durch Friedrich König, 1811, steigerte den Papierbedarf in außerordentlicher Weise. Die Papiermaschine schuf das für Bücher, Zeitungen und allerlei Geschäftsbedarf in stets größeren Massen erforderliche Papier zwar diesem Verlangen entsprechend, aber bald stellte sich Mangel ein an dem dazu notwendigen Rohmaterial, den Hadern.

Man suchte nach einem geeigneten Ersatz derselben und glaubte ihn in Stroh, Gräsern usw. zu finden, ohne indes durch die Versuche befriedigt zu werden, bis ein intelligenter Webergeselle, der 1816 zu Hainichen in Sachsen (wo man ihm am 18. Oktober 1908 ein Denkmal gesetzt hat) geborene Friedrich Gottlob Keller, auf den Gedanken kam, Holzschliff als Hadernersatz zur Herstellung von Papier zu verwenden, ein Gedanke, welcher ihm bei der Beobachtung von Wespen beim Bau ihrer Nester, zu dem sie feine, mittels ihrer Kiemen abgerissene Holzfasern anwendeten, gekommen sein soll. Die damit gemachten Versuche gelangen, doch zeigte sich leider bald, daß das aus Holzschliff gemachte Papier, auch wenn es diesen nur als Zusatz zu den Hadern erhielt, rasch vergilbte und auch nicht die notwendigen, eine unbeschränkte Dauer sichernden Eigenschaften besaß, so daß zwar durch ihn die Erzeugung unbegrenzter Mengen von Papier ermöglicht wurde, diese aber nur eine sehr begrenzte Anwendungsmöglichkeit besaßen. Mit der geschliffenen Holzfaser hatte man aber doch den rechten Weg gefunden zur Erlangung eines zweckmäßigen Hadernersatzes, und der Wissenschaft ist es nach fortgesetzten Bemühungen gelungen, die Holzfaser von den sie umhüllenden Substanzen, wie Lignin (Holzstoff), Suberin (Korkstoff) und andern Körpern, welche die Minderwertigkeit des aus Holzschliff angefertigten Papiers verursachen, freizulegen und sie als reine Zellulose oder Zellstoff für die Fabrikation selbst der feinsten Papiere, wie Schreib-, Dokumenten-, Kupferdruckpapiere usw., geeignet zu machen, bei denen kein Vergilben zu befürchten ist, und das auch die unerläßliche Haltbarkeit besitzt.

Nachdem es gelungen war, die die Holzfaser umhüllenden Fremdstoffe, Inkrusterien oder Inkrusten genannt, auf chemischem Wege zu entfernen und reinen Zellstoff zu schaffen, lag es nur in der Natur der Sache, daß zahlreiche Fabriken zur Massenherstellung entstanden, zu denen als eine der ersten die Zellstoffabrik Waldhof bei Mannheim gehörte. Die Anregung zu ihrer Gründung ging von den Brüdern Herren Rudolf Christian und Karl Haas in Mannheim aus; während ersterer, welcher Vorsitzender des Aufsichtsrats der Fabrik wurde, bereits im Jahre 1897 starb, leitet Herr Geheimer Kommerzienrat Karl Haas heute noch als Generaldirektor sämtliche Werke von Waldhof. Ihm war es bereits im Frühjahr 1884 gelungen, ein für den Bau und späteren Betrieb der jetzigen Mannheimer Fabrik Waldhof, für die Materialzufuhr wie für die Versendung der Fabrikate in Waldhof bei Mannheim sehr günstiges Areal von 60 badischen Morgen zu erwerben, zu dessen Ausnützung nach dem Verfahren von Ritter-Kellner in Podgora die Pläne von dem Zivilingenieur Boeickner in Wien entworfen wurden.

Zu gleicher Zeit wurde Herr Kommerzienrat Dr. Karl Clemm in Ludwigshafen a. Rh. auf die Fabrikation von Sulfit-Zellulose aufmerksam gemacht und beabsichtigte eine derartige Anlage zu errichten. Als dies Herrn Geheimen Kommerzienrat Haas bekannt wurde, trat er mit Herrn Kommerzienrat Clemm in Fühlung, und man einigte sich zu gemeinsamem Unternehmen. Herr Geheimer Kommerzienrat Haas übernahm dessen kaufmännische und Herr Kommerzienrat Clemm die technische Leitung. Nach Erledigung aller Vorarbeiten gingen beide Herren Mitte Juni 1884 daran, das Unternehmen, d. h. die Gründung der Zellstoff-Fabrik Waldhof ins Leben zu rufen, und zwar in Verbindung mit den Herren Ernst Lammert, Edmund Hofmann und August Stark in Mannheim. Es erfolgte dies unter eigener Kapitalbeteiligung der Genannten mit einem Aktienkapital von 750 000 Mk. Der Gesellschaftsvertrag wurde am 26. Juni 1884 abgeschlossen, und die Eintragung der Aktiengesellschaft in das Handelsregister erfolgte am 10. Juli 1884.

Eine gewaltige Erweiterung und Zunahme erfuhr die Fabrikation von Zellstoff durch die Gründung der Russischen Aktiengesellschaft Zellstoff-Fabrik Waldhof (Livland) bei der Stadt Pernau, deren Lage an dem in die Ostsee mündenden Pernauflusse in Verbindung mit direktem Bahnanschlusse und eigenem Exporthafen die gleichen günstigen Verhältnisse bot, wie die Lage von Waldhof bei Mannheim. Schon seit Beginn der Tätigkeit dieser letzteren Fabrik war der Ausfuhr nach Rußland besondere Aufmerksamkeit zugewandt worden; als das Bedürfnis des russischen Reiches an Zellstoff als ein stets steigendes sich erwies, erschien es geboten, Schritte zu tun, um dessen Deckung im eigenen Lande zu ermöglichen, und es wurde daraufhin die Gründung einer Zellstoff-Fabrik zu Pernau nach eingehenden Erwägungen und umfangreichen Vorarbeiten beschlossen. Auch sollte das Werk sofort in Angriff genommen werden, umsomehr, als damals für die Erlangung von Holzmaterial und für die Heranziehung von Arbeitern noch recht vorteilhafte Verhältnisse bestanden. Damit wurde die Russische Aktiengesellschaft Zellstoff-Fabrik Waldhof in Pernau (Livland) am 6. August 1898 unter Führung der Gesellschaft Waldhof-Mannheim gegründet, und zwar mit Zugrundelegung einer Produktionsfähigkeit von 80 bis 100 Tons gebleichtem und ungebleichtem Zellstoff pro Tag. Das Aktienkapital wurde auf drei Millionen Rubel festgesetzt und der Bau noch im Jahre 1898 begonnen, aber schon während desselben kam man zu der Ueberzeugung, daß, sollte die Papierindustrie des Russischen Reiches durch die Pernauer Zellstoff-Fabrik von nichtrussischen Fabriken unabhängig gemacht werden, erstere einen Umfang erhalten müsse, durch welchen sie für absehbare Zeit für den Vollbedarf Rußlands auch eine wesentlich höhere Produktionsfähigkeit garantieren könne. Diese Erkenntnis ließ eine sofortige Erweiterung der Fabrikanlage geboten erscheinen, welche der Natur der Sache nach eine Erhöhung des Aktienkapitals zuerst auf sechs und späterhin auf zehn Millionen Rubel notwendig machte. Anfang Dezember 1900 konnte die Fabrik den Betrieb aufnehmen.

Die von der Fabrikanlage und Holzlagerplätzen der Pernauer Fabrik eingenommene Bodenfläche betrug 1901 im ganzen 880 000 Quadratmeter. An Waldbeständen mit Grund und Boden besaß das russische Werk im Jahre 1901 5886 Hektar zu Eigentum, Ende 1908 aber war dieser Besitz auf 14 572 Hektar gestiegen.

Während die Leitung der drei Fabriken der Generaldirektion und den örtlichen Direktorien, sowie deren Beamten obliegt, werden die russischen Holzgeschäfte durch die Bureaus der Gesellschaft zu St. Petersburg, Archangelsk und Rotterdam besorgt. Der Zellstoff-Export nach Amerika liegt in den Händen des Neuyorker Bureaus. Des Waldbesitzes der russischen Fabrik Waldhof-Pernau wurde bereits gedacht; derjenige der Zellstoff-Fabrik Waldhof-Mannheim umfaßt heute ein Areal von 9665 Hektar. Ferner besitzt die Zellstoff-Fabrik Waldhof ein Schwefelkies-Bergwerk in Norwegen, welches zurzeit so ausgebaut wird, daß es den Bedarf der drei Werke Waldhof-Mannheim, Tilsit und Pernau späterhin decken kann.

Das für die Errichtung der Fabrik bestimmte und, wie schon bemerkt, von Herrn Geheimen Kommerzienrat Haas ausgewählte und von ihm erworbenen Terrain befindet sich am Altrhein, hat Bahnanschluß an die Station Waldhof der preußisch-hessischen Staatsbahn, und seine Lage am Floßhafen des Altrheins ermöglicht Wasserzufuhren bezw. Versendungen in größtem Umfange. Maßgebend für die Wahl des Platzes war mit in erster Linie der Umstand, daß sich auf demselben und in dessen nächster Umgebung das bei der Zellstoffabrikation eine große Rolle spielende absolut kristallhelle, reine Grundwasser in hinreichender Menge fand. Eine weitverzweigte Brunnenanlage dient jetzt zu dessen Gewinnung. Aber auch für den gewöhnlichen Verkehr mit der Fabrik Waldhof erweist sich ihre Lage sehr günstig; die Nebenbahn Waldhof-Sandhofen nebst andern an Waldhof anschließenden Bahnlinien bieten den Arbeitern bequeme Verbindung mit ihren entfernter gelegenen Wohnstätten, Sonderzüge führen sie direkt von diesen in den Fabrikhof und von da zurück in ihr Heim.

Nach Erfüllung der gesetzlichen Vorbedingungen war der Bau der Fabrik sofort durch die Gesellschaft in Angriff genommen worden, so daß bereits im Herbst 1885 der Betrieb in derselben begonnen werden konnte. Diese erste Fabrik hatte eine Produktionsfähigkeit von 20 Tons gebleichtem und ungebleichtem Zellstoff pro Tag. Dank der bis dahin unerreichten Qualität der Fabrikate mehrten sich die Aufträge an Zahl und Umfang in ungeahnter Weise, so daß die Fabrik ihnen bald nicht mehr entsprechen konnte und man an eine Erweiterung herantreten mußte. Es wurde deshalb die Errichtung einer mehr als dreifach vergrößerten selbstständigen Anlage, welche auch in etwaigen Forcemajeure-Fällen den an die Fabrik gestellten Anforderungen und den daraus erwachsenden Lieferungsverpflichtungen genügen kann, beschlossen, was zur Erbauung einer weiteren Anlage führte. Aber selbst diese bedeutenden Vergrößerungen und neugeschaffenen Anlagen erwiesen sich bald wieder als den an sie herantretenden, stets wachsenden Ansprüchen und dem immer steigenden Verlangen nach ihren Erzeugnissen nicht genügend, und es mußte zu einem abermaligen Neubau geschritten werden.

Diese Anlage ermöglicht im Verein mit den inzwischen auch bei den andern Anlagen durchgeführten Erweiterungen und Verbesserungen heute eine tägliche Produktion der Mannheimer Werke von über 300 Tons trockenen Zellstoffs, von denen 230 Tons vollgebleichte Ware sind.

Es liegt auf der Hand, daß die Schaffung aller dieser Neuanlagen und Einrichtungen, welche in ihrer Gesamtheit heute das größte Werk der Welt in dieser Branche mit einer Produktionsmöglichkeit von 760 Tonns (zu 1000 Kilogramm) trockenen Zellstoffs pro Tag repräsentieren, auch ganz bedeutende Kapitalaufwendungen erforderten, die denn auch durch jeweilige Erhöhungen des Aktienkapitals beschafft wurden.

Außerdem bedingte die Errichtung der umfangreichen Werke der russischen Aktiengesellschaft Zellstoffabrik Waldhof bei Pernau (Livland), welche unter ausschließlicher Führung der Mannheimer Werke erfolgte, noch weitere Kapitalaufwendungen gleichwie die 1907 durchgeführte Aufnahme der Zellstoffabrik Tilsit in die Gesellschaft Mannheim-Waldhof, so daß dem ursprünglichen Aktienkapital von 750 000 Mk. jetzt ein solches von 25 000 000 Mk. gegenübersteht. Die Kapitalerhöhungen erfolgten mit Ausnahme der ersten Einzahlung von 750 000 Mk. jeweils mit 200 Prozent, so daß die tatsächliche Rente stets nur die Hälfte des nominellen Satzes darstellt. Das für die drei Werke Waldhof-Mannheim, Tilsit, Pernau aufgewendete Gesamtkapital beträgt 76 000 000 Mk.

Das Werk Waldhof-Tilsit besteht aus zwei Anlagen, welche seit 1898 resp. 1906 in Betrieb sind. Die Fabrikgrundstücke mit einer Größe von 5 Hektar 8 Ar, von denen 2,4 Hektar überbaut sind, werden durch mehrere Anschlußgleise mit der Staatsbahn verbunden und von einem zirka 6 Kilometer langen Schmalspurgleise durchzogen. Beide Fabriken liegen unterhalb der Stadt Tilsit am Memelstrom und sind mit diesem durch einen Stichkanal in direktem Verkehr. Die Maschinenanlagen der beiden Fabriken, mit einer Dampfkraft von 3530 PS entsprechen den modernsten Anforderungen. Das für die Fabrikation erforderliche Wasser ist in ganz vorzüglicher Qualität vorhanden. Die Produktionsmöglichkeit beträgt zirka 60 000 Tons gebleichten und ungebleichten Zellstoffs pro Jahr. Es sind umfangreiche Wohlfahrtseinrichtungen für Beamte und Arbeiter, deren Zahl gegenwärtig 1200 beträgt, vorhanden.

Die Gesamtzahl der Beamten der Fabrik Waldhof-Mannheim einschließlich des Forstpersonals betrug in den Jahren: 1885 15, 1908 128; die der Arbeiter: 1885 177, 1908 1569. Die Gesamtsumme der gezahlten Gagen und Löhne betrug in den Jahren 1885 82 958,51 Mk., 1908 2 494 959,17 Mk. Steuern zahlte die Zellstoff-Fabrik Waldhof-Mannheim 1885 2662,48 Mk. Gemeindesteuer, 1614,70 Mark Staatssteuer, 1908 164 824,35 Mk. Gemeindesteuern, 186 356,75 Mark Staatssteuern. Für sozialpolitische und Wohlfahrtseinrichtungen verausgabte die Zellstoff-Fabrik Waldhof im Jahre 1908 273 273 Mk.

Der von der Zellstoff-Fabrik Waldhof eingenommene Flächenraum betrug im Jahre 1884: 211 975 Quadratmeter, jetzt beträgt er 615 981 Quadratmeter. Die Zahl der auf diesem Terrain für Fabrikations-, Wohn-, Lager- und andre durch den Fabrikbetrieb gebotene Zwecke errichteten Gebäude ist eine große; sie ist nebst ihrer Vielartigkeit aus den der Festschrift beigegebenen Ansichten zu ersehen.

Es möge hier zum Schluß auch erwähnt werden, daß außer Zellstoff zur Papierfabrikation, welcher allerdings die erste Stelle einnimmt, noch Spezialitäten desselben zur Herstellung von rauchlosem Pulver, künstlicher Seide und Verbandwatte zu Waldhof-Mannheim angefertigt werden.

F.

Streiks und Lohnbewegungen.

— **Streiks und Differenzen** bestehen in: **Hamburg-Altona** (Tapetenfabrik), **Augsburg** (Glühfadenfabrik).

Zuzug nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

— **Augsburg.** Seit Montag, 13. Dezember, stehen die Pumper der Glühfadenfabrik in einem Abwehrstreik. Seit Jahren, besonders aber unter der jetzigen Leitung des Betriebes, muß die gesamte Arbeiterschaft ständige Lohnreduzierungen über sich ergehen lassen. Geradezu unverschämt sind die unkontrollierbaren Abzüge und Strafen. In der Pumperei kamen in zwei Wochen 170 Mk. Abzugaufzirka 33 Pumper zu stehen. Die Abzüge betragen 144 Mk. im Jahre für einzelne Personen. „Der verdient viel, der kann auch viel Strafe zahlen", war einmal der Ausspruch eines Meisters. Dabei sind die Verdienste durchaus nicht hoch, um so schlimmer aber steht es mit der Gesundheitsgefahr. „Sie waren in der Glühfadenfabrik — Sie können wir nicht gebrauchen", so sind uns die Klagen gebracht worden von Arbeitern, die sich nach andrer Arbeit umzusehen gezwungen sahen. Und wahrlich, die Krankheitsziffern in diesem Betriebe sind kraß. Die Krankenkasse kommt aus schweren Schulden nicht heraus, trotz der horrenden Strafgeldersummen, welche wöchentlich der Arbeiterschaft abgezogen werden, die ja bekanntlich in die Krankenkasse zu fließen hätten. Nun sind neuerdings wiederum bedeutende Abzüge gemacht worden, durch welche [illegible] Verdienst um ein Drittel herabgedrückt werden soll. Das heißt, die neueren Pumper bekommen eine mindere Bezahlung als die alten, welche dann begreiflicherweise auf die Seite geschoben würden. Dagegen wehrten sich die Pumper und beauftragten eine Kommission mit ihrer Vertretung. Anstatt nun auf die gerechten Wünsche der Arbeiter eine Antwort zu geben, warf man sofort drei Kollegen auf die Straße. Vier andern Kollegen, die sofort im Saal als ihre Fürsprecher ernannt wurden, wurde darauf gekündigt. Diese Maßnahmen beantworteten die Pumper mit der Arbeitsniederlegung. Nun bemühen sich die Herren, weibliche Arbeitskräfte heranzuziehen. Auf das bißchen Gesundheitszerrüttung kommt es nun auch nicht mehr an. Durch allerhand Tricks und unhaltbare Versprechungen sucht man nun die Einigkeit der Pumper zu sprengen. Das heißt, durch Ueberredung, Schmeicheln, durch Druck und Zwang drängt man weibliche Arbeiterinnen in die Pumperei. Damit will man nach außen hin plausibel machen, daß die Pumperei besetzt wäre. Ein paar Streikbrecher fährt man als kostbares Gut im Auto spazieren, damit diese „Herren" vom „Plebs" nicht belästigt werden. Für andre schafft man Strohsäcke zum Schlafen hinein. Saubere Gesellschaft!

Damit man auch beweist, wie gut man es ja mit den Arbeitern meint, gab es am ersten Abend Braten und eine Maß Bier. Anderntags machte man es etwas billiger. Man zeigt seine „Kollegialität". Mit Schinkenbrötchen in der Hand steht man zusammen, ißt gemeinschaftlich miteinander, Doktorchen und Arbeiter. Ob diese gemeinsamen Kollegen auch noch Brüderschaft gemacht haben, wird nicht verraten. Ein Doktor sagte: „So lange sollen die Leute (Pumper) aushalten, bis ihnen das Blut aus den Augen läuft". Ein andrer: „Die sollen zu Weihnachten trocken Brot fr . . . . ." Ein Arbeiter weigerte sich, in die Pumperei zu gehen und bemerkte: „Ich bin doch nicht im Zuchthaus?" „Jawohl, Sie sind im Zuchthaus!" sagte der Betriebsleiter. Einem in die Pumperei hineingezwungenen Mädchen wurde wiederholt unwohl. Endlich mußte man sie doch an die Luft bringen, trotzdem mußte sie wieder hinein. Ein Meister einer andern Station ohrfeigte ein Mädchen rechts und links.

Die Fabrikinspektion hintergeht man nach allen Regeln der Kunst. Jugendliche Mädchen versteckt man in den Abort. In Sälen werden plötzlich alle Fenster und Türen aufgerissen, die Frauen wie eine Schafherde aus dem Saal gejagt, bevor eine hohe Inspektion eintritt. Von dem Mißbrauch der Jugendlichen, der Frauen, in bezug der Ueberstunden, der Nachtarbeit, Nichtinnehalten der Pausen usw. gar nicht zu reden. Ja, man spricht sogar davon, daß ein Nachtportier entlassen worden sei, weil er einen Inspektor unangemeldet hineingelassen habe. Kurzum, die Zustände in der Fabrik sind derart, daß man sich wundern muß, daß die Arbeiter nicht schon eher zur Gegenwehr gegriffen haben.

Gewerkschaftsbewegung des Auslandes.

— **Ein französisches Gesetz, die Lohnzahlung betreffend.** Soeben wird ein interessantes und wichtiges französisches Gesetz veröffentlicht, das 1910 in Kraft tritt. Es regelt die Lohnzahlung der Arbeiter und Angestellten in Handel und Industrie. Danach müssen alle Löhne bar und mindestens zweimal im Monat ausgezahlt werden. Die Zwischenzeit zwischen zwei Lohnzahlungen darf 16 Tage nicht überschreiten. Bei Akkord- und größeren Arbeiten, die länger als 14 Tage in Anspruch nehmen, muß alle 14 Tage entsprechender Vorschuß und binnen vierzehn Tagen nach Beendigung der Arbeit der volle Lohnrest dem Arbeiter ausgehändigt werden. Die Auszahlung des Lohnes darf nicht an Fest- oder Ausgeltagen, auch nicht in Wirtshäusern und Läden (mit Ausnahme der daselbst Beschäftigten) erfolgen. Die für die Uebertretung dieser Vorschriften festgesetzten Strafen (5 bis 15 Francs Geldstrafe für jeden Zuwiderhandlungsfall) sind allerdings viel zu niedrig, um die volle Durchführung des Gesetzes zu gewährleisten. Die Ueberwachung ist den Fabrikinspektoren übertragen.

— **Im Gompers-Prozeß** ist jetzt eine unerwartete Wendung eingetreten. Der oberste Appellationshof hat dem Antrage der Verteidiger auf Revision des ersten Injunktions-Prozesses stattgegeben. Die neuen Verhandlungen werden jedoch nicht vor einigen Monaten stattfinden.

— **Die Wäschereiarbeiter Neuyorks,** welche in dem Verbande der Arbeiter der Bekleidungsindustrie organisiert sind, stehen seit kurzem in einer Bewegung, die sich rasch auf andre Großstädte auszudehnen beginnt. In Neuyork stehen über 4000 im Streik, während insgesamt über 20 000 Wäschearbeiter an der demnächstigen Bewegung teilnehmen. Es wird ein Minimallohn von 30 Cent pro Stunde für qualifizierte Arbeiter und ein Maximalarbeitstag von neun Stunden verlangt. Durch die Vermittlung der Civic Federation sollen jetzt Unterhandlungen stattfinden; die Unternehmer sind durch die aufsteigende Konjunktur daran interessiert, Frieden zu schließen.

Auch unter den Schneidern gärt es bedenklich. In Neuyork stehen schon mehrere hundert Mäntelarbeiter im Kampfe, der sich zu einem allgemeinen Streik auszudehnen droht.

Die Wahrheit.

Verachtet von den Großen, von den Kleinen heiß geliebt —
Sagt, ob es für das Neue einen andern Weg wohl gibt?
Verraten von den als Wache Berufenen am Tor —
Sagt — steigt nicht immer wieder die Wahrheit empor?

Erst wie ein leichtes Sausen im Sommerkorngefild —
Das dann zum mächtigen Brausen durch Waldesdickicht schwillt,
Als Meeresdonnerrollen zum Schluß die Welt durchdröhnt,
Und siegend alles, alles gewaltig überdönt!

Björnson.

*

Ein Mensch, der behauptet, er wechsle nie seine Meinung, ist ein Mensch, der sich vorgenommen hat, immer geradeaus zu laufen; ein Tropf, der an die eigne Unfehlbarkeit glaubt.

Balzac.

Korrespondenzen.

Hamburg. Die Firma H. Schlinck u. Ko., A.-G. in Wilhelmsburg, hat ihren Betrieb, das Palminwerk, bedeutend erweitert. Außer der Pflanzenbutterfabrik ist eine Oel- und Kistenfabrik eingerichtet. Im Bau befindet sich eine Seifen- und eine Kakesfabrik. Zurzeit sind zirka 500 Arbeiter und Arbeiterinnen im Betrieb beschäftigt, die zum Teil keiner Organisation angehören. Die Löhne der Arbeiter schwanken zwischen 21 und 28 Mk. pro Woche. Die Arbeiterinnen werden mit 12 Mk. pro Woche entlohnt, arbeiten dieselben in Akkord, so erzielen sie einen Verdienst von 15—16 Mk. pro Woche. Die Kollegen in der Oelfabrik führen lebhaft Klage, daß immer größere Anforderungen, besonders an die Presseleute gestellt werden, ohne daß die Firma eine Erhöhung der Löhne vornimmt. Zerbrochene Kuchen oder solche, von denen die Ecken abgestoßen sind, werden in Abzug gebracht. Der Herr Betriebsleiter Pollaschek ist eifrig bemüht, die Organisation aus dem Betriebe fern zu halten. Wer es wagt, offen für die Organisation einzutreten, wird kurzerhand entlassen. Herr Pollaschek nimmt sich das Recht heraus, den Arbeitern und Arbeiterinnen zu verbieten, an den anberaumten Betriebsversammlungen teilzunehmen. Wer daran teilnimmt, wird entlassen, heißt es, und die Arbeiter und Arbeiterinnen lassen sich durch eine solche Drohung von dem Besuch der Versammlung abhalten. Es ist tief beschämend für die Kollegen, daß sie sich durch derartige Machinationen von der Ausübung eines ihnen gesetzlich zustehenden Rechts abhalten lassen. Als Arbeiter des zwanzigsten Jahrhunderts sollten die Kollegen zeigen, daß sie nicht gewillt sind, sich wie Schulbuben behandeln zu lassen, sie sollten sich geschlossen an der Betriebsversammlung beteiligen, dann dürfte es sich Herr Pollaschek wohl zweimal überlegen, ob er seine Drohung mit der Entlassung ausführen wird. Herr Pollaschek erlaubte sich auch, die Verteilung von Laufzetteln zu verbieten. Am 5. Dezember ging uns folgendes Schreiben zu:

An den

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Zahlstelle Hamburg und Umgegend i

Am 27. November d. J. wurde beiliegender Aufruf in unsrer Fabrik verteilt; da er von Ihnen unterfertigt ist, so müssen wir annehmen, daß dieses in Ihrem Auftrage geschehen ist. Wir machen Sie darauf aufmerksam, daß dieses ohne unsre Erlaubnis nicht zulässig ist und Sie solche Verteilungen für die Folge zu unterlassen haben.

Hochachtungsvoll
H. Schlinck u. Ko.
Pollaschek.

Pflichtschuldigst haben wir sofort um Erlaubnis angefragt:

An die Firma H. Schlinck u. Ko., Wilhelmsburg.
z. H. des Herrn Pollaschek.

Sehr geehrter Herr!

Im Besitze Ihrer werten Zuschrift vom 6. d. M., entnehme ich aus derselben, daß Sie eine Verteilung von Handzetteln in dem Betrieb ohne Ihre Erlaubnis nicht dulden. Ich ersuche Sie deshalb höflichst, mir für die Folge gütigst die Erlaubnis zur Verteilung der Zettel im Betriebe zu erteilen.

Ihrer diesbezüglichen Rückantwort entgegensehend, zeichne

hochachtungsvoll
F. Heß.

Die Erlaubnis ist uns bisher nicht erteilt worden, da Herr Pollaschek bisher nicht geantwortet hat. Wir bedürfen der Erlaubnis auch nicht, sondern werden nach wie vor die Kollegen und Kolleginnen durch Handzettel einladen. Wir werden Veranlassung nehmen, den Kollegen in der nächsten Zeit einmal das Gebaren des Herr Pollaschek in der richtigen Weise vor Augen zu führen.

Mögen die Kollegen zeigen, daß sie das nötige Rückgrat besitzen, und solche Behandlung entschieden zurückweisen. Soll mit den traurigen Zuständen in dem Betriebe aufgeräumt werden, dann müssen die Kollegen selber mit Hand anlegen, um den Aufbau der Organisation im Betriebe zu fördern. Mögen die Kollegen dem Herrn Pollaschek die richtige Antwort geben, indem sie dem Verband der Fabrikarbeiter beitreten.

Stettin. In der dem Fürsten Guido v. Donnersmarck gehörigen Kunstseide-Spinnerei Syslomaue geht es recht unfürstlich her. Schon die Löhne machen dem schwerreichen Fürsten wenig Ehre. Erwachsene Arbeiter werden mit 24 Pf., Arbeiterinnen mit 13 bis 15 Pf. die Stunde entlohnt. Für diesen Jammerlohn sind die Arbeiter zumeist von 4 Uhr morgens bis 8 Uhr abends auf den Beinen, denn die meisten wohnen in Stettin und dessen Vororten und haben deshalb lange Wege von und zur Arbeitsstätte zurückzulegen. Weil die Löhne so kolossal hoch sind, ist dafür gesorgt, daß sie durch Strafen etwas vermindert werden. So sind zum Beispiel am letzten Zahltag einem Arbeiter 7,60 Mk. vom Lohn als Strafgeld abgezogen worden. Nicht selten soll es vorkommen, daß bei einem Meister 60 bis 70 Mk. Strafe in einer Zahlung abgezogen werden. Auch sonst lassen die Zustände viel zu wünschen übrig. Als Waschgelegenheit dienen in einem Saal, auf dem 70 Arbeiterinnen beschäftigt sind, vier — ganze vier — Wassereimer. Der Speiseraum dient zugleich als Ankleideraum, in der Hauptsache aber als Aufenthaltsraum für Wäsche. Die Aborte sind ganz unzulänglich, obendrein müssen die Arbeiterinnen vor Benutzung eine Metallmarke lösen; dauert dann der Aufenthalt auf dem nicht weniger als einladenden Oertchen zu lange, gibt es 25 Pf. Strafe. In einem Raum, in dem mit Säure gearbeitet wird, ist mehr als die Hälfte der 36 darin Beschäftigten an Augenkrankheiten erkrankt. Es kommt vor, daß die Hälfte der Arbeiter an einem Tage diesen Betrieb verlassen, weil die Ventilation versagt und die Dämpfe unerträglich sind. Die Gewerbeinspektion hätte hier ein dankbares Feld der Betätigung, aber . . . ! Das Sicherste ist, die Arbeiter schließen sich vollzählig dem Verbande an, dann werden sie am schnellsten bessere Entlohnung und Schutz ihrer Gesundheit erreichen.

Tirschenreuth. Auch Tirschenreuth gehört zu den Orten, in denen der Organisation noch sehr viel Arbeit harrt. Mit Löhnen von 12—14 Mk. pro Woche hat hier mancher Arbeiter eine vier- bis [illegible] Familie zu ernähren. Man staunt, wie bedürfnislos die Tirschenreuther Arbeiter geworden sind. Diese Löhne halten in keiner Weise Schritt mit der hiesigen Lebensmittelverteuerung. Von der Behandlung und den sanitären Verhältnissen ist gar nicht zu reden, die spotten jeder Beschreibung. Man möchte meinen, jeder [illegible] Arbeiter müßte sich dem Verbande anschließen, aber [illegible]. Die Gleichgültigkeit der hiesigen Arbeiterschaft ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß in Tirschenreuth eine Menge [illegible] bestehen, die von den Arbeitern unterstützt werden. Die Arbeiter, die [illegible] dieser Vereine sind, dünken sich schon etwas [illegible] ... Unterhaltung dem Meister ihres [illegible] oder gar mit dem Unternehmer [illegible] Nebenbei wird auch der Patriotismus [illegible] Schmarotzer- und Kriegervereine [illegible] ... Arbeiter zugestehen [illegible] Arbeitern und Arbeiterinnen von Tirschenreuth und [illegible]: Wenn das Schmarotzer- und [illegible] Gleichgültigkeit ab, denkt nach über [illegible] in den Verband der Fabrikarbeiter [illegible] mit am Ausbau unsrer Organisation, [illegible] in Tirschenreuth vorwärts gehen! Als erstes [illegible] jedes Mitglied die Aufgabe stellen, in die Generalversammlung am 2. Januar [illegible] unorganisierten Arbeiter als Gast mitzubringen. [illegible] dann weiter gehen, [illegible] Zahlstelle bald Fortschritte machen, an denen [illegible].

Zeitz. [illegible]

weiß, was er verdient hat. Die Reduzierung der Akkordsätze ist gang und gäbe. Auch das Ueberstundenwesen ist hier sehr im Schwange. Es wird einfach an eine Tafel geschrieben: „Heute abend bis 9 Uhr arbeiten!"; wer sich dann nicht fügt, muß gewärtig sein, daß er hinausfliegt. Die Aborte bestehen aus einer überbauten Düngergrube, auf der eine Stange angebracht ist, auf welcher vier bis fünf Arbeiter Platz haben und so ihre Notdurft verrichten. Auch ist es schon vorgekommen, daß sich die Arbeiter nicht hinsetzen konnten, um nicht wieder etwas mitzunehmen. Die Frühstücksstube gleicht einem Rattenstall. Die Arbeiter haben manchmal nicht nötig, ihr Frühstück zu verzehren, denn die Mäuse und Ratten haben sich schon daran gesättigt. Im allgemeinen läßt auch die Behandlung viel zu wünschen übrig. Um die Sachen einmal zur Sprache zu bringen, war auf Anregung mehrerer Kollegen eine Betriebsbesprechung einberufen worden. Wie leider so oft, fand sich auch hier ein schuftiger Denunziant, der seine eigenen Mitarbeiter, die sich in der Besprechung äußerten, verriet. Obwohl in der Besprechung nur die reine Wahrheit gesagt wurde, sind am darauffolgenden Sonnabend fünf Kollegen entlassen worden, welche einige dieser Uebelstände zur Sprache gebracht hatten. Ein Arbeiter darf eben nicht einmal die Wahrheit sagen, tut er es dennoch, nun, dann kann er die Tür von außen zumachen. Diese wenigen Zeilen beweisen, daß sich die Arbeiter zusammentun müssen, um alle diese Uebelstände abzuschaffen. Und deshalb muß der Zerbster Arbeiterschaft, die uns noch fernsteht, zugerufen werden: Hinein in die gewerkschaftliche Organisation, und in diesem Falle: Hinein in den Fabrikarbeiterverband!

Polizei und Gerichte.

§ Das Urteil in Rheinfelden.

In dem Prozeß gegen die christlichen Rheinfelder Arbeiter wegen Landfriedensbruchs und Sachbeschädigung wurden sämtliche Angeklagten mit Ausnahme des Angeklagten Sänger für schuldig erklärt. Es erhielten: Gatti 1 Jahr 2 Monate; Ottinger 9 Monate; Jeck 1 Jahr 1 Monat; Rand, Rietlinger, Schlachter, Bütscher je 5 Monate; Sales, Baer, August Meier, Bruttel, Steinbrunner, Domini, Perrazini, Strittmatter je 4 Monate; Batsch und Ida Trachsel 3 Monate; Zeno Baer 8, Friedrich Meier, Dietsche, Riedlinger je 6 Wochen Gefängnis. Mit Ausnahme des Gatti wurde sämtlichen Angeklagten die Untersuchungshaft teilweise angerechnet. Wir kommen in nächster Nummer ausführlich auf den Prozeß zurück.

§ Uebereifrige Polizei.

In Ellrich sollte vor einiger Zeit eine öffentliche Versammlung stattfinden. Die Anmeldung derselben war jedoch vergessen worden. Infolgedessen fand dann die Versammlung auch nicht statt. Trotzdem erstattete ein Polizist, dem „ein Handzettel zugekommen" war, Anzeige, und das Gericht erhob auch Anklage wegen Vergehens gegen den § 5 des Vereinsgesetzes. In der Verhandlung, die am 21. Dezbr. stattfand, beantragte jedoch selbst der Vertreter der Staatsanwaltschaft Freisprechung. Begründet wurde die Freisprechung damit, daß nur der Veranstalter oder der Leiter einer Versammlung bestraft werden könnten. Da aber eine nicht stattgefundene Versammlung weder einen Veranstalter, noch einen Leiter habe, müsse Freispruch erfolgen. Daß die Polizei und das Gericht derartige Selbstverständlichkeiten nicht früher wußten, nimmt wirklich wunder.

§ Gotha. Der Arbeiter A. Schreiber, der dem Verbande vor einigen Jahren 60 Mk. unterschlug, wurde vom Schöffengericht zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt.

Allen Mitgliedern und Freunden
wünscht ein
fröhliches neues Jahr!
Der Verbandsvorstand.
Die Redaktion.

Eingegangene Schriften.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 13. Heft des 28. Jahrgangs erschienen.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3,25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

„Lebensmittag" nennt sich ein neues Gedichtbuch von Ludwig Lessen, das soeben bei Johannes Sassenbach-Berlin zum Preise von 50 Pf. erschienen ist und in seiner vornehmen und gediegenen Ausstattung schon äußerlich einen recht günstigen Eindruck macht. Der Inhalt des Buches schließt sich der Aufmachung würdig an.

Von den im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, erscheinenden **„Biblischen Geschichten"** gelangte soeben Heft 2 „Sintflutgeschichten" zur Ausgabe.

Eine Reise nach Island und den Westmännerinseln. Reisebriefe und Tagebuchblätter von E. Sonnemann (Jürgen Brand). Der Verfasser ist unsrer reiferen Jugend kein Fremder. Das von demselben Verfasser gleichfalls der Jugend gewidmete Buch „Ulenbrook" ist von sehr vielen Knaben und Mädchen mit Begeisterung gelesen worden. Das vorliegende Werk kann eines noch größeren Beifalls sicher sein. Der Preis beträgt 2,50 Mk. gut gebunden. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68.

Das ist es, mein lieber Kronos, was uns am meisten verdrießt: ja wir finden es ganz unerträglich, daß der eine Mensch nichts zu tun haben soll, als auf Purpurkissen ausgestreckt, die langsame Verdauung einer allzureichlichen Mahlzeit abzuwarten und alle Tage im Jahr Feiertag zu haben, während uns andre sogar im Traum der Nacht die Frage beschäftigt, wo die paar Pfennige herkommen sollen, um uns am nächsten Tage mit einem Magen voll trockenen Brotes oder voll Gerstenbrei oder einer Handvoll Kresse und ein paar Zwiebeln als Zukost wieder schlafen zu legen.

Lucian,
griechischer Dichter im zweiten Jahrhundert nach Christus.

*

In der Zivilisation hat der Mensch nicht die Freiheit, zu essen, wenn ihn hungert, obgleich er sich von einem Ueberfluß von Eßwaren umringt sieht.

Fourier.

Verbandsnachrichten.

Der Verbandskalender für 1910 ist vergriffen.

Für das Jahr 1909 ist wiederum ein Inhaltsverzeichnis des „Proletariers" angefertigt. Dasselbe wird umsonst abgegeben und kommt mit einer der nächsten Nummern des „Proletariers" in einer Anzahl von 1—2 Exemplaren an die Zahlstellen zur Versendung. Falls diese Zahl nicht ausreicht, sind Mehrbestellungen an den Vorstand zu richten.

Gebundene Exemplare des Jahrgangs 1909 des „Proletariers" können in einer beschränkten Anzahl vom Vorstand abgegeben werden. Der Preis beträgt bei portofreier Zustellung 6 Mk. Bestellungen sind umgehend aufzugeben.

Der **„L'Operaio Italiano"** erscheint in den nächsten Wochen einige Male nicht. Die Nr. 52 erscheint erst am 31. Dezember, die Nr. 1 des neuen Jahrgangs nicht vor Mitte Januar.

Vom 21. Dezember ab gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Harburg 1600,—. Lauenburg a. E. 600,—. St. 1,12. Schulitz 76,15. Hardegsen 7,89. Köln 700,—. H. E. 25,—. Küppersteg 250,—. Eutin 200,—. Tilsit 145,54.

Schluß: Montag, 27. Dezember, mittags 12 Uhr.

Fr. Bruns, Kassierer.

Die Abrechnung für das 4. Quartal 1909 haben eingesandt: Schulitz, Hardegsen.

Zustimmung zur Erhebung von Extrabeiträgen:

Oberröslau. 5 Pf. pro Mitglied und Woche.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.

Nr. 28 912 für Friedrich Burmeister, eingetreten am 28. Juni 1902 in Lübeck.

Nr. 270 493 für Karl Schön, eingetreten am 15. November 1907 in Greifenhagen.

Mitgliedskarte 30 078 für Emil Boul, eingetreten am 25. Mai 1909 in Beuthen.

Mitgliedskarte 43 940 für Hermann Richter, eingetreten am 14. Juli 1909 in Bitterfeld.

Mitgliedskarte 14 195 für Max Glück, eingetreten am 18. April 1909 in Kolbermoor.

Mitgliedskarte 14 191 für Wolfgang Seibel, eingetreten am 18. April 1909 in Kolbermoor.

Mitgliedskarte 4540 für Wilhelm Wendt, eingetreten am 6. November 1908 in Harburg a. E.

Mitgliedskarte 52 298 für Georg Dobias, eingetreten am 26. September 1909 in Beuthen.

Mitgliedskarten 59 182, 59 183, 59 184, 59 185 und 59 187.

Ausgeschlossen

auf Grund § 7 des Statuts ist das seitherige Mitglied der Zahlstelle **Wittenberg**

Wilhelm Nicolei, Buch Nr. 62 137, eingetreten am 6. Juli 1905.

Neue Adressen und Adressen-Aenderungen.

Einbeck. August Garbelmann, Lange Brücke 1.
Olvenstedt. Alwin Bode, Abendstraße 226.

Briefkasten.

München, Thale, Wedel und andre. Die letzte Sendung „Geschäftspapiere" kostete 20 Pf. Strafporto. Wie oft sollen wir wiederholen, daß die dem Mitgliedsbuch beigelegten Formulare nur ausgefüllt, aber nicht mit weiteren schriftlichen Mitteilungen versehen werden dürfen, wenn die Sendung als „Geschäftspapiere" aufgegeben wird? Des weiteren sind diese Sendungen unverschlossen der Post zu übergeben.

H. K., Vlotho. Schadenersatzansprüche wegen kündigungsloser Entlassung müssen sofort bei der Entlassung geltend gemacht werden. Unterbleibt dies, so bedeutet das ein stillschweigendes Einverständnis des Entlassenen. Jetzt nach 8 Monaten ist also nichts mehr zu wollen.

Lahr. Aufnahme lohnt sich nicht; es steht ja doch durchaus nichts Wichtiges drin.

Zur Beachtung für alle, welche an die Redaktion schreiben.

1. Wenn du etwas einer Zeitung mitteilen willst, tue dies rasch und schicke es sofort ein; denn was neu ist, wenn du es denkst, ist vielleicht nach wenigen Stunden nicht mehr neu.
2. Sei kurz; du sparst damit die Zeit des Redakteurs und deine eigene. Dein Prinzip sei: Tatsachen, keine Phrasen.
3. Sei klar, schreibe nicht mit Bleistift, sondern mit Tinte und leserlich, besonders Namen und Ziffern; setze mehr Punkte als Komma.
4. Schreib nicht „gestern" oder „heute", sondern den Tag oder das Datum.
5. Korrigiere niemals einen Namen oder eine Zahl; streiche das fehlerhafte Wort durch und schreibe das richtige darüber oder daneben.
6. Die Hauptsache: Beschreibe nie, nie, nie beide Seiten des Blattes. Hundert Zeilen, auf einer Seite geschrieben, lassen sich rasch zerschneiden und an die Setzer verteilen. Es kommt oft vor, daß durch Beschreiben von beiden Seiten ein Beitrag heute keine Aufnahme mehr finden kann und für morgen zurückgelegt werden muß.
7. Gib der Redaktion in deinen sämtlichen Schriftstücken Namen und Adresse an. Anonyme Zuschriften kann die Redaktion nie berücksichtigen.

Wie kann man dem Volke von Freiheit zu sprechen wagen, wenn man ihm sogar nicht einmal die widerwillige Arbeit, von der heute seine Existenz abhängt, zu garantieren vermag?

Die Gesundheit muß notwendig geschädigt werden, wenn der Mensch sich zwölf Stunden einer gleichmäßigen Arbeit überlassen muß, die, welcher Art auch immer sie ist, die verschiedenen Glieder des Körpers und seinen Geist nicht genügend beschäftigt. Dies wird noch schlimmer, wenn dieselbe Arbeit Tag für Tag das ganze Jahr hindurch sich wiederholt. Daraus entstehen neben dem allgemeinen Widerwillen an der Arbeit die vielen Berufskrankheiten. Fourier.

Inserate.

Zahlstelle Lemgo. Sonntag, 9. Januar, mittags 1 Uhr: **Generalversammlung** b. Mormann. J. Koll. h. z. ersch. [1.ℳ

Protokolle
vom 9. ordentlichen Verbandstage in München sind noch vorrätig.
Preis 15 Pf.

Beilage zum Proletarier.

Nummer 1. Hannover, 1. Januar 1910. 19. Jahrg.

Die Novelle zur Gewerbeordnung und die Arbeiterinnen.

Mit dem 1. Januar 1910 erhalten die Bestimmungen der Novelle zur Gewerbeordnung Gesetzeskraft, die einen erweiterten gesetzlichen Schutz namentlich den Arbeiterinnen bringen sollen.

Viel ist es freilich nicht, was die neuen Gesetzesbestimmungen der Arbeiterschaft bieten. Einige Vorschriften dürften auch in den Berufen, wo eine gute gewerkschaftliche Organisation vorhanden ist, kaum einen nennenswerten Einfluß auf die Verhältnisse der Arbeiter und Arbeiterinnen ausüben.

Der zehnstündige Maximalarbeitstag für Arbeiterinnen, den die Novelle vom 1. Januar 1910 ab festgesetzt, ist in der Praxis für die Mehrzahl der organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter durch die gewerkschaftlichen Kämpfe längst erreicht worden. Nur dort, wo die Arbeiterschaft schwer zu organisieren ist, z. B. dort, wo viel Heimarbeiter in Frage kommen, finden wir noch eine längere Arbeitszeit. Die Begrenzung des Arbeitstags für Arbeiterinnen wird im allgemeinen nur für Ueberstundenarbeit von Bedeutung sein.

Von größerem Einfluß ist dagegen zweifellos die Bestimmung, daß Arbeiterinnen an Sonnabenden und Vorabenden von Festtagen nach 5 Uhr abends (bisher 1/2 6 Uhr) nicht mehr beschäftigt werden dürfen, und ferner, daß die Arbeitszeit an diesen Tagen 8 Stunden (bisher 10 Stunden) nicht überschreiten darf.

Diese Bestimmungen veranlassen denn auch die Unternehmer, Sturm dagegen zu laufen. Nach einem Zirkular der Geschäftsbücherfabrikanten besteht bei diesen die Absicht, die an solchen Tagen den Prinzipalen verloren gegangenen Arbeitsstunden an andern Tagen nachholen zu lassen. Bei Lohnarbeitern natürlich ohne Extraentschädigung. Ferner wird beabsichtigt, an den Bundesrat das Ersuchen zu richten, auch für das Buchbindereigewerbe Sonderbestimmungen zu erlassen, die die Ausbeutung der Arbeiterinnen in überlanger Arbeitszeit auch nach dem 1. Januar ermöglichen.

Dem Bundesrat steht nämlich auch nach der neuen Fassung des § 139a der Gewerbeordnung das Recht zu, für Berufe, in denen regelmäßig während einer gewissen Zeit des Jahres ein vermehrtes Arbeitsbedürfnis eintritt (Saisongewerbe), die längere Beschäftigung von Arbeiterinnen zu gestatten.

Eine längere als zehnstündige Beschäftigung, und zwar bis zu 12 Stunden, ist aber schon ohne bundesrätliche Ausnahmebestimmungen während der Höchstdauer von 50 Tagen im Jahre unter bestimmten Voraussetzungen möglich. Es bedarf hierzu allerdings der Genehmigung der unteren und höheren Verwaltungsbehörden, die auch nur von Fall zu Fall erteilt wird. Die vom Bundesrat für ganze Berufe generell erlassenen Ausnahmebestimmungen sollen den Unternehmern eine noch größere Ausbeutungsmöglichkeit geben.

Auf Grund der bisherigen Fassung des § 139a der Gewerbeordnung bestanden für verschiedene Gewerbe, z. B. für Konservenfabriken, solche Ausnahmebestimmungen.

Der Verein der Fischindustriellen und die Besitzer von Betrieben für Obst- und Gemüsekonserven haben auch diesmal auf Erlaß von Sonderbestimmungen angetragen, und der Bundesrat hat auch diesmal dem Ersuchen entsprochen. Für die Arbeiterinnen der Konservenfabriken kommen also die Vorteile der Novelle zur Gewerbeordnung, soweit sie den Arbeitstag betreffen, kaum in Frage.

Namentlich für Arbeiterinnen der Bekleidungsindustrie sind ferner die Bestimmungen von Bedeutung, nach denen das Mitnehmen von Arbeit nach Hause den Arbeiterinnen versagt ist, die während des Tages 10 Stunden in der Werkstatt beschäftigt gewesen sind. Die Mitnahme ist nur dann gestattet, wenn die zur Fertigstellung der mitgenommenen Arbeit notwendige Zeit in Verbindung mit der in der Fabrik oder Werkstatt zugebrachten die Dauer von 10 Stunden nicht übersteigt. Für Sonn- und Festtage darf Arbeit nach Hause überhaupt nicht mitgenommen werden. In den Berufen der Bekleidungsindustrie war es bisher üblich, durch Mitnahme von Arbeit nach Hause den geringen Wochenverdienst etwas aufzubessern, natürlich nur dadurch, daß die Arbeiterinnen neben der Arbeit in der Werkstatt noch bis in die Nacht zu Hause tätig waren. Gerade die Möglichkeit im Bekleidungsgewerbe, die Arbeitszeit bis ins Unendliche auszudehnen, durch Werkstatt- und Abendarbeit oder nur durch Heimarbeit, ist Ursache für die im Bekleidungsgewerbe vorkommenden niedrigen Stundenlöhne. Auch die Textilindustrie genießt den traurigen Ruhm, mit zu den Berufen zu zählen, wo die Verhältnisse am schlechtesten sind, was überall da der Fall ist, wo die Arbeit — oder doch ein Teil derselben — in der Heimarbeit, also in ungeregelter Arbeitszeit verrichtet wird.

Dies beweist uns, wie notwendig es gewesen wäre, dem Antrag der Arbeitervertreter im Reichstag zu entsprechen und auch die Heimarbeit und die Hausindustrie den Arbeiterschutzvorschriften der Gewerbeordnung und der Gewerbeaufsicht zu unterstellen. Ob der Bundesrat von dem Rechte, dies anordnen zu können, in gleicher Weise Gebrauch machen wird, wie es mit dem Rechte geschehen ist, durch Erlaß von Ausnahmebestimmungen den Unternehmern verschiedener Berufe die lange Beschäftigung von Arbeiterinnen zu ermöglichen, bleibt abzuwarten. Es wird gut sein, bezüglich Regelung der Heimarbeiterverhältnisse keine großen Hoffnungen zu hegen.

Eine der wichtigsten Aenderungen, die die Novelle bringt, ist die Bestimmung, daß künftig alle Betriebe, die in der Regel mehr als 10 Personen beschäftigen oder mit Dampf- oder Motorbetrieb arbeiten lassen, der Revision der Gewerbeaufsichtsbeamten unterliegen. Für eine große Zahl von Arbeitern und Arbeiterinnen bedeutet dies sicherlich großen Vorteil. Leider ist auch der von den Sozialdemokraten im Reichstag gestellte Antrag, alle Betriebe mit mehr als 5 Personen den Schutzvorschriften und der Gewerbeaufsicht zu unterstellen, abgelehnt worden. Es bleiben also immer noch viele Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen von den Vorteilen der Arbeiterschutzgesetzgebung ausgeschlossen.

Wie dringend notwendig die Ausdehnung der Schutzvorschriften auch auf Kleinbetriebe ist, beweist ein Fall, über den der Gewerbeaufsichtsbeamte von Schleswig berichtet. Dort konnte der Besitzer einer Fischräucherei eine Arbeiterin wiederholt die ganze Nacht beschäftigen, ohne gegen die Gesetzesvorschriften zu verstoßen, weil in seinem Betriebe nur 7 Personen tätig waren. Der Mann wird in derselben Weise auch nach dem 1. Januar 1910 verfahren können, wenn ihm die Arbeiterinnen nicht durch Anschluß an die Organisation das Handwerk legen.

Leider sind aber gerade die Arbeiter und Arbeiterinnen, die unter besonders schlechten Verhältnissen arbeiten, am schwersten für die Organisationen zu gewinnen. Die lange, anstrengende Tätigkeit macht zum Denken unfähig, und ist die Saison vorüber, und läßt die Beschäftigung und auch der Verdienst nach, oder hört wohl für eine Zeit ganz auf, dann drückt die Sorge den ganzen Menschen nieder. Solange aber die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht den Weg zur Organisation finden, werden sie aus den drückenden Verhältnissen nie herauskommen und stets ein Spielball in den Händen der Unternehmer sein, selbst in Betrieben, für die die Vorschriften der Gewerbeordnung zutreffen.

Die Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten reicht bei weitem nicht aus, um eingehende Revisionen der Betriebe zu ermöglichen. Wo die Arbeiterschaft also nicht selbst für Innehaltung der Vorschriften sorgt — und das kann sie nur, wenn sie organisiert ist —, wird nach ihnen nicht gehandelt. Dies trifft nicht bloß auf die Regelung der Arbeitszeit zu.

Die Arbeiterinnen täuschen sich auch häufig über das, was ihnen eine lange Arbeitszeit bringt. Einen Vorteil bedeutet sie in der Regel nur für die Unternehmer. Der in überlanger Arbeitszeit erzielte Wochenverdienst entbeut diese der Notwendigkeit, höhere Stundenlöhne zahlen oder die Akkordpreise erhöhen zu müssen, was zweifellos geschehen müßte, wenn mit den in geregelter Arbeitszeit erreichten Verdiensten nicht auszukommen wäre. Im letzteren Falle würde die Arbeiterschaft durch die Not der Verhältnisse nämlich gezwungen werden, mehr zu verlangen, und dann würde sie auch mehr erhalten. Dem geeinten energischen Vorgehen der Berufskollegen und Kolleginnen haben die Unternehmer aller Branchen bisher noch immer Rechnung tragen müssen.

Dagegen bringt lange Beschäftigung sicher gesundheitlichen Schaden. Dies ist ja auch der Grund, warum durch Gesetzesbestimmung der Arbeitstag für Arbeiterinnen, wenigstens für einen Teil derselben, zeitlich begrenzt worden ist. Berücksichtigen wir ferner, daß viele Arbeiterinnen neben der Erwerbsarbeit noch hauswirtschaftliche Arbeiten verrichten müssen, dann wird der Vorteil einer geregelten, verkürzten Arbeitszeit geradezu in die Augen springend.

An den Arbeiterinnen wird es liegen, ob ihnen der geringe gesetzliche Schutz auch in der Praxis zugute kommt. Es kann dies nur geschehen durch Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationen. Diese müssen und werden darüber wachen, ob den Vorschriften gemäß verfahren wird, und sie allein sind imstande, zu verhindern, daß die Novelle zur Gewerbeordnung für die Arbeiterinnen irgendwelche Schädigungen im Gefolge hat.

Aus der chemischen Industrie.

Dankenswerte Unternehmer-Offenheit.

Die Karbidindustrie ist eine der jüngsten unter den chemischen Industrien Deutschlands und der Welt. Ein Amerikaner und ein Franzose fanden Anfang der neunziger Jahre gleichzeitig, daß Kalk bei einer Temperatur von zirka 3000 Grad im Ofen flüssig wie Wasser wird und sich mit Kohle zu Kalziumkarbid verbindet. Aus diesem Karbid kamen dann durch langsamen Wasserzusatz das sehr hellleuchtende, aber auch sehr leicht explosible Azetylengas für Fahrradlaternen und Lokalbeleuchtung, anderseits ein Düngestoff (Kalkstickstoff) für die Landwirtschaft gewonnen worden. 1905 verbrauchten wir in Deutschland schon über 25 000 Tonnen Karbid im Werte von etwa 5 1/2 Millionen Mark, 1907 mehr als 30 000 Tonnen. Davon erzeugten deutsche Unternehmer in den 7 Fabriken in Freyung, Lechbrück, Rheinfelden (zwei Betriebe), Steinbusch, Mühlthal und Knapsack bei Köln zirka 12 000 Tonnen mit zirka 400 Arbeitern im ganzen. Die andre größere Hälfte des in Deutschland benötigten Karbids wurde 1907 aus der Schweiz (15 000 Tonnen), aus Oesterreich (3400 Tonnen) und Norwegen (5500 Tonnen) eingeführt. Der Doppelzentner Karbid wird von der amtlichen Handelsstatistik 1907 auf 24 Mark berechnet. Die ganze Industrie ist erst in der Entwicklung und hofft namentlich auf die Erschließung der deutschen Wasserkräfte durch den Staat, der jene Kräfte dann möglichst billig an Industrielle verpachten soll. Wie man sich in den interessierten Kapitalistenkreisen dabei die Ausnutzung der Arbeiter denkt, das verrät mit dankenswerter Offenheit ein Büchlein, das der junge Techniker und frühere Student Walter le Coutre über „Kalzium-Karbid und seine volkswirtschaftliche Bedeutung für Deutschland" geschrieben und zur Erweckung größeren Interesses für die Industrie veröffentlicht hat (Verlag von Dr. Wedekind u. Ko., Berlin, wo auch das offizielle Organ des deutschen Azetylenvereins erscheint). Der Verfasser steht jedenfalls den Unternehmern der Branche und ihren Ansichten ziemlich nahe und plaudert sie mit einer Sorglosigkeit aus, die wir nur begrüßen.

Er betont von Anfang an und schon im technischen Teile seiner Schrift, die Karbidindustrie habe den Vorzug, wenig Menschenkräfte, soll heißen wenig Lohnauslagen zu benötigen. Da liest man bei ihm: „Die menschliche Arbeitsleistung beschränkt sich auf die Leitung der Produktion, die Ueberwachung der Krafterzeugung und des Kraftverbrauchs und der rein mechanischen Arbeit der Bewegung der Materialien. Für die letztere genügen ungelernte Arbeiter; man rechnete früher bei der in der Karbidfabrikation üblichen 12stündigen Arbeitsschicht pro 40 bis 50 Tonnen Jahresproduktion einen Arbeiter, bei kürzerer Arbeitsschicht entsprechend mehr. Heute beträgt das Minimum etwa 100 Tonnen, das Maximum etwa 200 bis 300 Tonnen; hier macht sich die Größe der Oefen sehr bemerkbar. Die Leitung des Betriebes liegt meist in den Händen von zwei höheren Beamten, eines technischen und eines kaufmännischen; es richtet sich das aber vollständig nach der Größe des Werkes und der Möglichkeit einer Ueberwachung durch den Besitzer, bezw. die Zentralleitung, d. h. der Selbständigkeit, die der einzelnen Betriebsleitung eingeräumt werden muß. Für die Krafterzeugung und Kraftverwendung kommen die entsprechenden technischen Mittel- und Unterbeamten in Betracht; ebenso teilweise für eine dem Betriebe etwa angegliederte Emballagenfabrikation." Schon aus diesen Zeilen springt die Freude darüber, daß „ungelernte Arbeiter genügen", ordentlich heraus. Dann wird eine nicht weniger als zwölfstündige tägliche Arbeitszeit für jeden Karbidarbeiter ohne weiteres als „üblich" erklärt. Das ist natürlich eine Anmaßung, die nur so lange bestehen kann, als sich die Karbidarbeiter gefallen lassen, daß ihnen die Beschäftigungsdauer einfach vom Kapitalisten diktiert wird. Jedenfalls haben die Unternehmer der Karbidindustrie bei den zwölf Stunden Arbeiterausnutzung ihren vollen Profit gefunden. Und schließlich wird ausgerechnet, was unter solchen Verhältnissen an Warenmenge im Jahr aus dem Arbeiter herausgepreßt werden kann. Die Intensität der Arbeit ist in kurzer Zeit riesig gesteigert worden. Früher nur 40 bis 50, jetzt 100 Tonnen mindestens, 200 bis 300 Tonnen höchstens muß jeder Arbeiter im Jahr bewältigen. Wenn die deutsche Karbidindustrie nach den Angaben des Verfassers ca. 12 000 Tonnen produziert und ca. 400 Arbeiter hat, so holt sie also die Höchstleistung aus ihren Arbeitskräften heraus, d. h. eine Warenmenge, deren Marktwert das viel Hundertfache des Lohnes ist, den sie dem erzeugenden Arbeiter zahlt.

Noch deutlicher wird unser Karbidtechniker jedoch an einer späteren Stelle seines Werkchens, dort, wo er direkt auf die Rentabilität der Gründung von Karbidfabriken in Deutschland eingeht. Da meint er wörtlich:

„Die Kalcium-Karbid-Industrie schließt sich, wenn wir von den etwa an Hochofenbetriebe angeschlossenen Werken absehen, nicht den Industriebezirken an, sondern konzentriert sich in solchen Gebieten, die bisher wirtschaftlicher Erschließung wegen ihrer Bodenbeschaffenheit nicht zugänglich waren. Aus naheliegenden Gründen wird sich die Industrie in erster Linie den Bewohnern der Umgegend zuwenden, denen sie eine willkommene Ergänzung ihrer Beschäftigung bieten wird. Erst wenn sie auf diesem Wege ihren Arbeitsbedarf nicht decken kann, wird sie an den offenen Arbeitsmarkt herantreten. Ein Vorteil dieses Moments ist der, daß die Industrie eine Arbeiterschaft hat, die mit den Verhältnissen des Landes genau vertraut ist und darin auch wieder einen gewissen Rückhalt hat, so daß Arbeitseinstellungen infolge Kraftverminderung oder -mangel leichter ertragen werden können. Das involviert allerdings wieder den Nachteil, daß diese einheimischen Arbeiter weniger arbeitswillig sind und leichter die Arbeit einstellen. **Als Schutz dagegen, teilweise auch, weil nichts andres übrig blieb,** sind die Arbeiter am Werk selbst angesiedelt worden. Auch dieses Verfahren hat Licht- wie Schattenseiten. Die Ansiedlung macht die Arbeiter seßhafter, aber auch abhängiger von dem Unternehmer, der, um die Rentabilität seiner Produktion nach Möglichkeit zu heben, gerade die Löhne auf das genaueste kalkulieren muß. Weiter ist zu beachten, daß durch die isolierte Lage ein Zusammenschluß der Arbeiter, der, weil es sich um ungelernte Arbeiter handelt, ohnedies sehr schwierig ist, zur Vertretung und Geltendmachung ihrer Interessen sehr erschwert wird. Ebenso ist es dem von auswärts herangezogenen Arbeiter vielfach nur schwer möglich, außerhalb des Werkes sich Arbeit zu suchen und zu finden."

Da erhalten wir doch einmal mit voller Ehrlichkeit das ganze Abc der kapitalistischen „Wohlfahrtseinrichtungen", speziell auch in der chemischen Industrie, vorbuchstabiert! Der Kapitalismus ist so „wohltätig", daß er darauf spekuliert, angesessene Arbeiter abgelegener Gegenden zu haben, die „einen gewissen Rückhalt" in dieser Gegend besitzen und Verminderung ihrer Beschäftigung, d. h. die Unregelmäßigkeit derselben, die dem Unternehmer möglichst wenig kostet, „leichter ertragen". Was müssen sich doch die chemischen Arbeiter von Höchst, Fechenheim, Ludwigshafen usw., die heute noch vom dortigen Kapital mit Vorliebe aus dem nahen katholischen Landorte Schwanheim, aus dem Taunus, aus dem Spessart und in Ludwigshafen aus den pfälzischen Dörfern genommen werden, geschmeichelt fühlen, daß sie von den Fabrikanten als Werkzeuge zum Profitmachen so richtig eingeschätzt werden! Diese menschlichen Maschinen ohne Kulturbedürfnis erfüllen alle Hoffnungen, die das Kapital auf sie setzt. Sie lassen sich früher mit geringerem Lohn nach Hause schicken, wenn es nichts oder wenig zu tun gibt, und sie bleiben zu unbezahlten Ueberstunden im Betrieb, wenn das Geschäft gut geht. Daraus bauen dann die chemischen Kapitalisten ihre Riesenfabriken, und die Karbidindustriellen werden sie auch noch bauen! Werden die Leute aber einmal bockbeinig, so weiß auch die Karbidindustrie schon ein gutes Mittel: sie baut Arbeiterwohnhäuser, teils „als Schutz dagegen, teils auch, weil nichts andres übrig blieb". Sind diese wenigen Worte nicht kostbar? Man wird Arbeiterwohltäter im Hausbauen, um sich gegen die Begehrlichkeit der Arbeiter zu „schützen", also aus höchsteigenem kapitalistischen Interesse, oder bestenfalls, „weil nichts andres übrig bleibt", d. h. weil man mit anfänglich billigen Wohnhäusern Arbeitskräfte direkt anlocken muß. Die Versklavung der Leute kommt hinterher, wenn sie nicht mehr fortkönnen. Denn „die isolierte Lage" erschwert ihnen die Vertretung und Geltendmachung ihrer Interessen ohnedies sehr. Das weiß der Kapitalist ganz genau! Diese Verlassenheit der ungelernten Arbeiter aus ländlichen Gegenden ist ein sehr gewichtiger Faktor, den der Fabrikant in sein Rechenexempel einstellt. Sie ist ihm Goldes wert, wie wir hier sehen. Und die Arbeiter müßten das allerhöchste Interesse daran haben, sie zu beseitigen. Organisation und Eintritt in einen großen, sich über ganz Deutschland erstreckenden Arbeiterverband — das sind die Gegenmittel gegen die „Isoliertheit" seiner Leute, deren sich der Fabrikant freut. Deutlicher ist es den chemischen Arbeitern von der Unternehmerseite noch nicht gesagt worden, wie sie am besten ihre Interessen wahren. Ob sie es in großer Zahl daraus lernen?

In der Fabrikation des Kalkstickstoffs aus Kalziumkarbid haben die deutschen Kapitalisten noch keine direkte Erfahrung. Unser Techniker Walter le Coutre berichtet uns darüber von jenseits des Ozeans: „In Amerika hat bereits auch in der Kalkstickstoffindustrie eine weitgehende Verdrängung der menschlichen Arbeitsleistung durch Maschinen Platz gegriffen, allerdings auf Kosten der Qualität des erhaltenen Produktes. Natürlich ist eine sorgfältige, aufmerksame Behandlung der Produktion für eine gute Qualität maßgebend. Die Zahl der Arbeiter ist aber immerhin eine relativ geringe, es werden ungelernte, aber intelligente Arbeiter gebraucht. In hygienischer Beziehung haben sich für den Arbeiter bisher keine nachteiligen Folgen gezeigt, die Fabrikation ist so eingerichtet, daß der Arbeiter erst mit dem fertigen Kalkstickstoff in Berührung kommt. Die mehrfach befürchtete Blausäurevergiftung speziell kommt dank einer guten entprechenden technischen Ausgestaltung des Verfahrens gar nicht in Frage. Trotzdem wird natürlich bei der verhältnismäßig großen Jugend der Industrie diesen Fragen stets ein sehr aufmerksames Interesse entgegenzubringen sein, wie es tatsächlich auch bereits von seiten der Industrie selbst, wie die Anstellung von Fabrikärzten zeigt, geschieht." Wenn sich die Arbeiter auf die von den Unternehmern angestellten Fabrikärzte verlassen sollten, wären sie wirklich verlassen, wie wir aus zahlreichen praktischen Beispielen wissen. Die Mitteilungen unsres Autors zeigen vielmehr, daß wir im Verband alle Ursache haben, die etwaige Uebersiedlung und Ausbreitung dieser giftigen

Industrie von Amerika nach Deutschland mit aller Aufmerksamkeit zu verfolgen.

Jedenfalls danken wir der chemischen Unternehmerwelt für die neuen Winke aller Art, die sie uns aus der jungen Karbidindustrie zukommen ließ. Wir wollen uns bemühen, diese Winke zu beherzigen und zum Besten der von uns vertretenen Arbeiter in der Praxis auszunutzen.

Die Schule der deutschen Fabrikdirektoren.

Ueber Personenveränderungen an der Spitze eines der größten deutschen Kaliwerke wird der „Frankf. Ztg." aus Berlin geschrieben: „Nachdem Herr Hermann Schmidtmann, der als Aufsichtsratsvorsitzender bis vor einiger Zeit noch immer die eigentliche Oberleitung der Geschäfte von Aschersleben führte, sich mehr und mehr ins Privatleben zurückgezogen, auch schon die bisherigen und schwebenden Verhandlungen mit dem Syndikat und den Amerikanern völlig seinem Kollegen im Aufsichtsrat, Herrn Waldemar Schmidtmann überlassen hat, wurde nunmehr der Gesellschaft ein eigentlicher Generaldirektor gegeben, und zwar, wie ich erfahre, in der Person des Herrn Behrens, der früher Leiter eines Salpeterunternehmens in Chile und zuletzt Direktor einer englischen Gesellschaft der chemischen Branche war, deren Board er noch heute angehört." Südamerika und England haben also den neuen chemischen Generaldirektor gebildet. Und da soll man uns verdenken, wenn wir mit englischen und amerikanischen Kollegen in immer regere Fühlung zu kommen suchen, schon um von ihnen zu hören, worin die Schulung unsrer Generaldirektoren in ihrem Lande bestanden hat.

Chemische Ueberprofite.

Das Geschäftsjahr 1907 ist wieder ein reiches Erntejahr für unsre Kapitalisten geworden. 32 Prozent sollen, wie für das Vorjahr, diesmal wieder an die Aktionäre der Chemischen Werke von H. u. E. Albert verteilt werden. Der Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft Held u. Francke in Berlin hat beschlossen, die Verteilung einer Dividende von 18 Prozent in Vorschlag zu bringen. Für das vorige Jahr wurden 12 Prozent ausgeschüttet. Glückliche Aktionäre! Arme Arbeiter!

Sprengstoffexplosion.

Am 22. Dezember ereignete sich in der Dynamitfabrik in Dömitz eine Explosion. Das Abwässerhaus des Oelbetriebes flog in die Luft. Glücklicherweise hatten beide Oelmeister das Gebäude kurz zuvor verlassen, so daß Menschenleben nicht zu beklagen sind. Auch durch die herumfliegenden Balken und Metallteile ist glücklicherweise niemand verletzt worden. Die Detonation war so stark, daß in den Hütten die Fenster und Türen aufsprangen, mehrere Fenster auch zertrümmert wurden. Der Betrieb ist auf einige Zeit gestört.

Die Arbeiter dieses von Explosionen heimgesuchten Betriebes stehen immer mit einem Fuß im Grabe; trotzdem können die leitenden Personen des Unternehmens das Drängeln und Schikanieren der Arbeiter nicht lassen. Und wenn wir ihr Vorgehen im „Proletarier" geißeln, speien sie Gift und Galle.

× **Bochum.** Die hiesige Chemische Industrie (A.-G.) beabsichtigt den Bau einer zweiten Schwefelsäurefabrik großen Stils. Mit den Arbeiten soll in nächster Zeit begonnen werden. Die Fertigstellung des Rohbaues ist schon zum 1. April 1910 in Aussicht genommen. Die vor einiger Zeit konzessionierte Benzolfabrik soll ebenfalls im Jahre 1910 erbaut werden. Mit der Errichtung einer Gelbkalifabrik ist man beschäftigt. Der Betrieb derselben soll am 1. April 1910 aufgenommen werden.

× **Coswig.** Die Chemische Fabrik Dr. Schraube hatte am 21. Dezember für ihre Arbeiter und deren Familien eine Weihnachtsbescherung veranstaltet. Es wurde erst gebetet und gesungen, und dann erhielten die Arbeiter, je nachdem, wie lange sie für die Firma geschafft haben, ein Weihnachtsgeschenk von 1,50 bis zu 60 Mk.; die höchste Summe erhielten drei Arbeiter. Diese Arbeiter sind seit Bestehen der Fabrik (6 Jahre) dort. Es gab auch noch Aepfel, Nüsse und kleine Glasteller. Seit Bestehen der Fabrik zahlt diese einen Stundenlohn von 28, 29 und 30 Pf. Würde die Firma jedes Jahr zu Weihnachten den Lohn nur um einen Pfennig pro Stunde erhöhen, und das ist der Wunsch vieler Arbeiter, so käme für die Arbeiter, namentlich in Anbetracht der vielen Ueberstunden, ein ganz andres Sümmchen heraus, als bei dem „Geschenk". In keinem Betriebe in Coswig werden nämlich so viel Ueberstunden geleistet, wie in der Chemischen Fabrik. Der Firma schlägt gewiß ihr Gewissen; sie weiß, daß die Arbeiter bei diesem Jammerlohn keine fröhliche Weihnachten verleben können, darum spielt sie den Wohltäter. Es ist auch leicht möglich, daß die Arbeiter während der Weihnachtsfeiertage über ihr trauriges Los nachdenken — dieses will die Firma durch ein Geschenk, oder sagen wir den richtigen Namen, durch einen Schlaftrunk verhindern. Denn wenn die Arbeiter der Chemischen Fabrik erst einmal erwachen, sich Mann für Mann dem Fabrikarbeiter-Verbande anschließen und dann mit Kraft ihre Organisation ausbauen, so werden sie sich bald bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erkämpfen können, und sie brauchen dann nicht erst auf ein Weihnachtsgeschenk zu warten.

× **Glatz i. Schlesien.** Die Folgen der Finanzreform machen sich auch in der schlesischen Zündholzindustrie in recht fühlbarer Weise für die Arbeiter derselben bemerkbar. Die Fabrikanten in der Grafschaft Glatz lassen nur noch an vier Tagen in der Woche arbeiten, haben aber außerdem noch weitere Betriebseinschränkungen für die nächste Zeit angekündigt. Das sind schlechte Aussichten für die schon ohnehin schlecht gestellten Arbeiter dieses Berufs!

× **Ludwigshafen a. Rhein.** Aus der Leitung der hiesigen Badischen Anilin- und Sodafabrik wird der erste technische Direktor, Kommerzienrat Büchner, am 1. Januar 1910 zurücktreten und sich in das Privatleben zurückziehen. Dadurch dürften im Direktorium der Fabrik weitere personelle Veränderungen eintreten. Neue Scharfmacher statt der alten! Sonst wäre ja die beste Gelegenheit, Männer zu berufen, die einen Strich durch die bisherige Arbeiterpolitik machen. Wer hofft aber auf solch eine Besserung?

Aus der Zement- und Ziegelindustrie.

= Der Zieglerpastor Zeiß.

In Schwalenberg, einem kleinen Städtchen in Lippe, residiert Pastor Zeiß, genannt der Zieglerpastor. Letztere Bezeichnung verdankt er seiner Tätigkeit als Zieglermissionar. Die Kommission für „geistige Zieglerpflege", deren Vorsitzender der Pastor Zeiß ist, hat sich zur Aufgabe gemacht, die lippischen Ziegeleiarbeiter für die [illegible] zu [illegible]. Zu diesem Zweck werden von der Kommission „Zieglerpredigtreisen" veranstaltet und ein „Ziegler-Sonntagsblatt" herausgegeben. Böse Zungen behaupten allerdings, die Zieglerpredigten hätten nur den Zweck, die Arbeiter zu verdummen und sie mit ihren elenden Arbeitsverhältnissen auszusöhnen, damit Meister und Besitzer zu ihrem Profit kommen. Doch mag dem sein, wie ihm will, fest steht, daß der Pastor als Ausfluß dieser Tätigkeit den christlich-nationalen „Gewerkverein der Ziegler in Lippe" gründete, den der Pastor selbst als „ein Glück für die Ziegeleibesitzer" bezeichnete. Diese Bezeichnung ist insofern zutreffend, als der Gewerkverein seit seinem Bestehen die freien Gewerkschaften und ihre Bestrebungen bekämpft und dadurch einen Hemmschuh der Zieglerbewegung bildet.

Um nun das arbeiterfeindliche Treiben dieses Vereins an den Pranger zu stellen, hat die Agitationsleitung der Ziegler kürzlich eine Anzahl Versammlungen in Lippe abgehalten mit dem Thema: „Der Gewerkverein und die Zieglermission", wozu auch die Führer des Gewerkvereins, die Herren Kettmann, Kreiling, Limberg, [illegible] und Pastor Zeiß [illegible] eingeladen waren. Den ersten Versammlungen blieben die Herren fern, obwohl der Geschäftsführer Kreiling schon letzten Sommer versprach, uns Gelegenheit zur mündlichen, öffentlichen Auseinandersetzung zu geben. [illegible] „Zur Brandt" und [illegible], daß nicht christliche [illegible], sondern „sittlicher Ekel" sie von unsern Versammlungen fernhielte. Wir bezweifeln aber, daß diese Leute des Ekels überhaupt fähig sind, denn dann würden sie sich vor ihrem eigenen Treiben ekeln. Auf wiederholte Einladung war der angebliche Ekel der Herren verschwunden, und so erschienen sie drei Mann stark am 18. Dezember in der Versammlung in Lage. Die Herren, darunter auch Herr Kreiling, machten sich eifrig Notizen, um dann nach Schluß des Referats — das Hasenpanier zu ergreifen. Sie erklärten, mit dem Zuge nach Detmold fahren zu müssen, obwohl sie zum nächsten Zuge noch 1½ Stunde Zeit hatten. Der Versammlung, die am 19. Dezember in Lemgo stattfand, blieben die Herren fern, um dafür am 20. Dezember in der Versammlung in Barntrup mit verstärkter Kraft zu erscheinen. Siegessicher, den Pastor in der Mitte, zogen die beiden Gewerkvereinsbeamten Kreiling und Kettmann ins Lokal. Herr Kreiling ging aber schon während des Referats wieder ab, — er mußte nach der Bahn, und das Gesicht des Herrn Pastors Zeiß wurde bei den Ausführungen des Kollegen B.-Hannover immer länger und länger. Herr Kettmann, ehemaliger Feldwebel und Staatsbeamter und jetziger Stadtverordneter von Detmold, verzichtete auf die Diskussion zugunsten des Pastors, der denn auch in salbungsvollem Flüstertone den bedrängten Gewerkverein zu verteidigen suchte. Trotz aller jesuitischen Gewandtheit gelang es ihm aber nicht, die Ausführungen des Referenten zu erschüttern, sondern er verwickelte sich immer mehr in Widersprüche. Er erkannte an, daß die Ziele, die Kollege B. vorgezeichnet, die richtigen seien, glaubt aber nicht, daß wir damit die lippischen Ziegler gewinnen könnten. Er ist davon überzeugt, daß die Zersplitterung der Ziegler das größte Unglück für diese ist, und trotzdem redete er der Zersplitterung der Arbeiter nach religiöser und politischer Anschauung das Wort. Das Seelenheil der Arbeiter ist ihm Hauptsache, das leibliche Wohl dagegen Nebensache. Er gab ferner zu, daß die freien Gewerkschaften schon gewaltige Verbesserungen für die Arbeiter geschaffen haben, behauptete aber gleichzeitig, die freien Gewerkschaften wollten die Arbeiter nur der Sozialdemokratie untertänig machen.

Originell waren auch seine Einwände gegen den Streik. Dieser habe für die Ziegler wenig Zweck, da sie erstens die paar Sommerwochen nicht mit Streiken ausfüllen könnten, und dann, wenn der Streik auch von Erfolg begleitet sei, der Erfolg doch immer nur für die betreffende Kampagne festgehalten werden könne, da doch im nächsten Jahre wieder andre Arbeiter kämen. Es sei deshalb besser, wenn die Ziegler an Stelle des Streiks den Boykott treten ließen und einfach die Ziegeleien boykottierten, die ihren Wünschen nicht nachkämen. Der Boykott könne aber nur mit Hilfe der Meister durchgeführt werden und deswegen gehörten Meister und Ziegler zusammen in eine gemeinschaftliche Organisation, wie sie der Gewerkverein darstelle. Es gehört wirklich wenig Witz dazu, diesen blühenden Unsinn zu widerlegen. Gerade in der Ziegelindustrie ist die Möglichkeit, durch den Streik bessere Verhältnisse zu schaffen, am ersten gegeben. Der Besitzer muß in den paar Sommermonaten seinen Jahresprofit aus dem Betriebe herausziehen, sein Risiko ist also bei einem Streik bedeutend größer als das der Arbeiter, er wird es sich wohl zweimal überlegen, ob es nicht besser ist, den Arbeitern ihre Forderungen zu bewilligen, die er durch einen geringen Preisaufschlag wieder wett machen kann, als den größten Teil seines Gewinnes aufs Spiel zu setzen. Voraussetzung ist allerdings dabei, daß die Ziegler einer starken Organisation angehören, und daß Konjunktur und Arbeitsmarkt günstig sind. Der Erfolg kann auch trotz des Arbeiterwechsels festgehalten werden, wenn die Organisation eine einheitliche ist, die alle Ziegler umfaßt; denn nur die Mitglieder wechseln, die Organisation bleibt am Ort. Ebenso wie ein erfolgreicher Streik, kann auch ein wirkungsvoller Boykott nur durch eine gute Organisation und zur günstigen Zeit durchgeführt werden. Nach dem Rezept des Pastors Zeiß sollen die Ziegeleibesitzer aber im Winter boykottiert werden, wenn die Ziegeleien still liegen. Mit dem Boykott durch die Ziegelmeister sieht es heute noch sehr windig aus. Das Ueberangebot von Meistern sorgt dafür, daß sie sich selbst die Akkordverträge immer mehr herunterdrücken. Diese Verschlechterung wird dann in Form von Lohnkürzung, Arbeitszeitverlängerung und Uebervorteilung bei der Kommune, Kantine, Lohnberechnung und Lohnzahlung auf die Arbeiter abgewälzt. Die Meister werden durch die Akkordverträge zu Unternehmern und Ausbeutern, von denen die Ziegler nichts als Ausplünderung zu erwarten haben. Der Pastor will also durch die gemeinschaftliche Organisation der Meister und Arbeiter nur die Ziegler vor den Karren ihrer Unterdrücker spannen, damit sie sich williger aussaugen lassen.

Eine nagelneue Weisheit erfand der Pastor mit der Behauptung, die gesamte Arbeiterbewegung habe das Bestreben, die früheren allgemeinen Arbeiterverbände in Fachorganisationen aufzulösen, und deshalb sei es ein Unding, die Ziegler dem Fabrikarbeiterverbande anzugliedern, die Ziegler seien keine Fabrikarbeiter und hätten auch mit diesen keine Berührungspunkte. Von dem Pastor Zeiß kann man billigerweise nicht verlangen, daß er die Gewerkschaftsbewegung kennt, aber von dem Gewerkvereinsführer, Politiker und Landtagsabgeordneten Zeiß hatten wir erwartet, daß er von den elementarsten Umwälzungen im Wirtschaftsleben etwas mehr Kenntnis besitzt. Er mußte sich deshalb auch vom Referenten den Zuruf gefallen lassen: „Schaffen Sie sich mehr Kenntnis der Gewerkschaftsbewegung an, Herr Pastor, damit Sie sich vor den Arbeitern nicht lächerlich machen!" Die ganze Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung und auch die wirtschaftliche Entwicklung der Ziegelindustrie ist anscheinend an dem Pastor spurlos vorübergegangen. Er kennt nicht das Bestreben der verwandten Berufe, sich zu Industrieverbänden zusammenzuschließen, er weiß auch nicht, daß durch die Einführung der Maschinen das Zieglerhandwerk zur Ziegelindustrie und damit die Arbeit der Ziegler zur Fabrikarbeit geworden ist, er hat keine Ahnung davon, daß die Ziegler nach der Kampagne in den Zuckerfabriken, Stärkefabriken, chemischen Fabriken und besonders in Lippe in den Stuhlfabriken, Zigarrenfabriken und so weiter Unterschlupf suchen und dadurch die Verwandtschaft mit den Fabrikarbeitern gegeben ist. Die schwersten Bedenken hegt der Pastor gegen unsern Verband, weil er sozialdemokratisch sei. Einen Beweis für diese Behauptung ist der fromme Mann schuldig geblieben. Auch auf die Frage, warum er nicht auch an die Ziegeleibesitzer herantrete, um sie christlich zu organisieren, blieb er stumm. Als Seelsorger ist er doch auch verpflichtet, für das Seelenheil der Unternehmer zu sorgen. Aber sie läßt er ungeschoren, sie können sich einheitliche Organisationen schaffen, nur die Ziegler müssen nach religiöser und politischer Anschauung auseinandergetrieben werden, sie müssen in ein christlich-nationales Vereinchen gepreßt werden, weil dieses, wie Pastor Zeiß sagt, von den Ziegeleibesitzern vorgezogen wird. Die Antwort, die dem Zieglerpastor auf seine Zieglerpredigt zuteil wurde, dürfte ihm noch lange in den Ohren klingen. Hoffentlich hält ihn das aber nicht ab, auch ferner unsern Einladungen Folge zu leisten, denn alle Beteiligten können dabei nur gewinnen. Unsre Aufgabe, eine einheitliche Organisation für die Ziegler zu schaffen, wird dadurch erleichtert, die Ziegler können sich dann bessere Arbeitsbedingungen erringen, und der Pastor kommt vielleicht zu einer vernünftigen Anschauung.

Verkürzung der Arbeitszeit in Ziegeleien.

Von einem Kollegen wird uns geschrieben: Zur Frage der Verkürzung der Arbeitszeit in den Ziegeleien kann ich aus eigener Erfahrung etwas beitragen. Vor 20 Jahren wurde in den Ziegeleien bei Freienwalde von morgens um 5 bis abends 7 Uhr, also 12 Stunden, gearbeitet. Es wurden in der Woche von zwei Streichern 28 000, im Höchstfalle 34 000 Steine hergestellt. 30 000 bis 32 000 Steine mit zwei Streichern wöchentlich fertig zu machen, galt als eine gute Leistung. Jetzt wird von 6 Uhr früh bis 7 Uhr abends gearbeitet, also nur 11 Stunden nach Abzug der Pausen. Wenn aber heute zwei Streicher keine 6000 Steine täglich fertig machen, so können sie nicht streichen. 36 000 bis 40 000 in der Woche gilt heute als Durchschnittsleistung. In jedem Fall wird jetzt intensiver gearbeitet, auch hat der Branntweingenuß etwas nachgelassen. In diesem Sommer hat die Dampfziegelei, in der ich tätig war, von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends gearbeitet, also zehn Stunden. Es wurde pro Tag nicht weniger hergestellt als früher mit 11stündiger Arbeitszeit; im Gegenteil, der Betriebsleiter sagte im Herbst vor Schluß der Kampagne selbst zu mir: „So viel Steine wie in diesen Jahre sind, so alt die Ziegelei ist, noch nicht in den Lagerschuppen gewesen." Dieses Resultat wurde erzielt, obwohl keine Verbesserungen oder Vergrößerungen an den Pressen vorgenommen wurden; etwas trug wohl der günstige Sommer mit dazu bei. Aber ich muß bemerken, daß die Schuppen im Frühjahr ganz leer waren, so daß zeitiger als sonst die Fabrikation begann. Nun trat Frost ein und fast der ganze erste Belag erfror. Die rohen Ziegel waren deshalb so knapp geworden, daß die, welche sich leidlich in die Oefen tragen ließen, von dem frischen Material genommen wurden. Und dennoch die Schuppen übervoll gearbeitet. Ich will hierbei noch die Ansicht verschiedener unorganisierter Arbeiter und Arbeiterinnen zu dieser Frage streifen. Der Betriebsleiter sagte mir: „Ich wollte schon im vorigen Jahre, also 1908, 10 Stunden arbeiten lassen, denn das Inbetriebhalten der Maschinen kostet mehr Geld, als die Stunde, wo doch der Mensch schon abgespannt ist, einbringt, aber es war nicht möglich. Bis Pfingsten habe ichs ausgehalten, dann kamen aber die Frauen und wollten durchaus 11 Stunden arbeiten." Die Ansicht der Arbeiter hat sich also in der letzten Kampagne gebessert, sie sehen nun ein, daß in 10 Stunden dasselbe geleistet wird, wie in den Vorjahren in 11 Stunden, und wahrscheinlich wird sich keiner nach der längeren Arbeitszeit zurücksehnen. L. M.

= Von der Unterelbe. Wie das Wohnungswesen im hiesigen Zieglergebiet benutzt wird, um die Arbeiter zu entmündigen, zeigt folgender Vorfall. Wegen Lohnprellerei ersuchten die Kollegen auf der Ziegelei H. B. Vorstel in Drochtersen unsern Vertrauensmann in Stade, nach der Ziegelei zu kommen, welchem Ersuchen derselbe auch nachkam. Aber er hatte die Rechnung ohne den Ziegelmeister Grauting gemacht; denn kaum war [illegible] Vertrauensmann in der Wohnstube der Arbeiter angelangt, da erschien auch schon der Meister, um ihn aufzufordern, die Ziegelei zu verlassen. Trotzdem nun versucht wurde, dem Herrn klar zu machen, daß er hierzu kein Recht habe und aufgefordert wurde, einen Gendarm zu benachrichtigen, versuchte der brave Meister das an den Arbeitern so oft bewährte Mittel des Hinauswerfens anzuwenden. Neben der unerwarteten Verteidigung verfiel er aber noch der Lächerlichkeit seiner [illegible]. Wenn Herr Grauting, der, nebenbei gesagt, ein strammes Mitglied des Ziegelmeisterverbandes ist, glaubt, durch Aussprüche wie: „Wenn alle Meister dem Verbande angehören, können die Arbeiter überhaupt nichts mehr wollen!" die Arbeiter vom Anschluß an unsern Verband abzuhalten, so werden ihn die Tatsachen bald eines Besseren belehren. Mit der Hebung der Konjunktur dürfte auch für Meister Grauting die Zeit kommen, wo er nicht nur keine organisierten, sondern auch keine nichtorganisierten Arbeiter erhält. Es ist eine alte Regel der „ehrlichen" Ziegelmeister, durch Brutalität ihre Unfähigkeit zu verdecken. Trotzdem werden wir die Ziegeleiarbeiter dem Verbande zuführen und dafür sorgen, daß den Ziegelmeistern vom Schlage Grautings die Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Rundschau.

Getäuschtes Vertrauen.

Ueber die angebliche Religionsfeindlichkeit der freien Gewerkschaften jammern die frommen Christen oft Stein und Bein. Geschorene und gescheitelte Pfaffen wetteifern darin, der „sozialdemokratischen" Flut christliche Dämme entgegenzusetzen; katholische und evangelische „Arbeiter"vereine, konfessionelle und interkonfessionelle christliche Gewerkschaften, sie alle verfolgen direkt oder indirekt den Zweck, der vorwärtsstrebenden freien Gewerkschaftsbewegung Steine in den Weg zu rollen. Unter diesen Umständen berührt es uns doppelt angenehm, daß wir heute von einem Beispiel weitgehendsten Vertrauens in die Frömmigkeit und Opferwilligkeit freier Gewerkschaftler berichten können. Das katholische Pfarramt St. Goarshausen schickte nämlich kürzlich einem evangelischen Mitgliede unsres Verbandes, das obendrein angestellter Geschäftsführer einer Zahlstelle ist, einen recht ausführlichen — Bettelbrief. Der Kollege soll zum Bau einer neuen Kirche in St. Goarshausen beisteuern. Als „Gegenleistung" für das erwartete Geschenk sind dem Schreiben eine Anzahl — Ansichtspostkarten beigelegt. Daneben gibt es aber noch einen Sack voll Versprechungen. Wenn er 3 Mk. zahlt, soll er folgende zwei „hochinteressante" Schriften bekommen: „Der Weltuntergang nach Bibel und Astronomie" und „Beschreibung über die Einrichtung des Weltalls". Außerdem wird für jeden Wohltäter täglich in der heiligen Messe gemeinsam gebetet.

Um aber den Versprechungen noch einmal den nötigen Nachdruck zu geben, heißt es in einer Nachbemerkung: „Ich bitte Sie flehentlich! Lassen Sie mein Anliegen nicht unberücksichtigt und senden Sie mir doch wenigstens eine einzige Mark. Ich und meine arme Kirchengemeinde sind Ihnen dafür ewig dankbar." Obwohl unser Kollege von diesem Beweis der hohen Wertschätzung, die sich freigewerkschaftliche Gewerkschaftsangestellte bei katholischen Pfarrern erfreuen, sehr überrascht war, hat er doch dem Ansinnen nicht Folge geben können. Er meint, daß den Arbeitern in St. Goarshausen neue Wohnhäuser notwendiger seien als eine neue Kirche, und daß ihnen das Evangelium der Solidarität eifriger gepredigt werden müsse, als das Evangelium des Glaubens. Und er meint weiter, daß es in St. Goarshausen Leute gebe, die so fromm und so reich sind, daß sie es sicher als eine Zurücksetzung empfinden würden, wenn ihnen die Kosten einer neuen Kirche nicht ganz überlassen würden.

Kinderarbeit.

Wie die österreichischen Gewerbeinspektoren in ihren kürzlich erschienenen Berichten für das Jahr 1908 mitteilen, werden in Oesterreich noch Kinder im zartesten Alter auf Bauten, in Steinbrüchen, zur Bedienung von Kreissägen, zum Sortieren nicht desinfizierter Borsten, zum Zubereiten von Bleiglasuren und Auftragen derselben, zum Ablegen von Schriftlettern, Ausblasen von Setzerkästen usw., und im übrigen in fast allen Industriezweigen beschäftigt. 1410 jugendliche Personen, darunter 767 unter 14 Jahren, wurden in ungesetzlicher Weise beschäftigt. Von den in Böhmen in Ziegeleien ermittelten Kindern hatte ein Knabe noch nicht das achte Jahr vollendet! Im Komotauer Bezirk wurde ein 11jähriger Knabe ermittelt, der eine Kreissäge (!) bediente. Mädchen und Knaben von 9 Jahren wurden ferner in der Leder- und Zelluloidindustrie angetroffen. Bei der Revision einer der größten Seidenfabriken Südtirols wurden mehrere kleine Mädchen in dem Augenblick überrascht, als diese im Begriff standen, durch eine Falltür in den unterhalb befindlichen Lagerraum zu flüchten. Wie sich später herausstellte, waren in dieser Fabrik 26 Mädchen unter 14 Jahren täglich 10½ Stunden hindurch regelmäßig beschäftigt, von welchen 14 gerade erst das 12. und 4 noch nicht das 11. Lebensjahr erreicht hatten. Der verbrecherische Ausbeuter erhielt nur eine Strafe von 1000 Kronen zudiktiert.

Dem Inspektorate in Pola wurde die schwere Verletzung eines 10jährigen Knaben bei der Teigpresse einer Teigwarenfabrik bekannt usw. usw. So ist die Kinderarbeit in Oesterreich noch in ihrer furchtbarsten Form anzutreffen!

Die Gesetzgebung in Transvaal zur Beilegung wirtschaftlicher Konflikte.

Ein soeben erlassenes Gesetz in Transvaal bestimmt die Errichtung eines besondern „Arbeits-Departements" im Ministerium der Berggewerbe, dem die Organisation der Arbeitsnachweise, sowie die Führung der Arbeitslosenlisten weißer Arbeiter obliegt, wie auch die Einberufung der Schiedsgerichts- und Untersuchungskommissionen, wenn dies von Arbeitern oder Arbeitnehmern verlangt wird. Nach dem Gesetze sind Arbeitnehmer und Arbeitgeber verpflichtet, mindestens einen Monat vorher von der beabsichtigten Aenderung der Lohn- und Arbeitsbedingungen Kenntnis zu geben. Wenn eine Einigung nicht zustande gebracht werden kann, so muß eine der beteiligten Parteien vom Ministerium die Ernennung eines Schiedsgerichts verlangen, das alsdann für die Beilegung des Konflikts tätig ist. Jeder Streik und jede Aussperrung sind nach dem Gesetze streng zu bestrafen, solange nicht das Schiedsgericht seine Untersuchung beendet und solange nicht mindestens ein Monat nach der Veröffentlichung des Berichts durch das Schiedsgericht verflossen ist. Der Schiedsspruch tritt nur in Kraft, wenn beide Parteien ihm zustimmen. Nur bei Konflikten, an denen wenigstens 10 Arbeiter beteiligt sind, kann die Ernennung des Schiedsamtes verlangt werden.